

NO WAR

Außenpolitik für  
eine friedliche Welt

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

Vorwort	3
1. Die deutsche Außenpolitik ist keine Politik des Friedens	5
2. Gewalt ist kein Mittel zur Konfliktlösung	8
3. Dem Völkerrecht verpflichtet	16
4. Menschenrechte, insbesondere Frauenrechte weltweit durchsetzen	21
5. Abrüstung weltweit umsetzen – hier anfangen!	25
6. Klimawandel und Kriege um Öl verhindern	31
7. Armut und Ungleichheit bekämpfen – für eine gerechte Außenwirtschaftspolitik	34
8. Entwicklungspolitik neu ausrichten	38
9. Solidarische Internationale Beziehungen aufbauen – Süd-Süd-Integration unterstützen	41
10. Parlamentarische Initiativen des zur Internationalen Politik der Fraktion DIE LINKE in der 16. Legislaturperiode	45

# **DIE LINKE.**

**I M B U N D E S T A G**

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 6128  
E-Mail: [fraktion@linksfraktion.de](mailto:fraktion@linksfraktion.de)  
V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, MdB  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Diese Broschüre geht auf die Arbeit  
des Arbeitskreises Internationale Politik zurück.  
Die Abgeordneten sind: Hüseyin-Kenan Aydin,  
Dr. Lothar Bisky, Dr. Diether Dehm, Wolfgang  
Gehrcke, Inge Höger, Heike Hänsel, Hakki Keskin,  
Monika Knoche, Michael Leutert,  
Dr. Norman Paech, Paul Schäfer, Alexander Ulrich.

Es haben mitgewirkt: Johanna Bussemer,  
Jutta von Freyberg, Alexander King, Maria Oshana

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen  
Initiativen finden Sie unter: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)**

# Vorwort

Die 16. Legislaturperiode hat die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag im Bereich der internationalen Politik vor zahlreiche Herausforderungen gestellt. Um nur einige zu nennen: Die Mandate für den Bundeswehreininsatz in Afghanistan wurden ergänzt und aufgestockt und ein ums andere Mal verlängert, obwohl deutlich ist, dass mit Militär kein Frieden zu erreichen ist; das Kosovo erklärte sich im Februar 2008 unabhängig; der Nahe Osten wurde gleich von zwei zerstörerischen Kriegen erschüttert: dem Libanon-Krieg 2006 und dem Krieg in Gaza im Januar 2009. Und nicht zuletzt hat der Bundestag im Dezember 2008 dem Bundeswehreininsatz gegen Piraten am Horn von Afrika zugestimmt. Auf der anderen Seite haben sich die Kräfteverhältnisse in den internationalen Beziehungen verschoben, – am deutlichsten in Lateinamerika. Neue Süd-Süd-Kooperationen haben Perspektiven für eine andere Weltordnung sichtbar werden lassen, an die wir anknüpfen konnten. Ob vom amerikanischen Präsidenten Obama und dem russischen Präsidenten Medwedjew positive Impulse auf die internationalen Beziehungen ausgehen werden, bleibt noch abzuwarten.

Wir haben uns als einzige Fraktion in all diesen Debatten immer von unserer Überzeugung leiten lassen, dass Frieden die einzige Option ist, dass zivile und friedliche Lösungen immer nötig und möglich sind. Deswegen haben wir auch immer wieder in der Öffentlichkeit und in unseren zahlreichen parlamentarischen Initiativen auf die Ursachen von Kriegen hingewiesen: das Ausbeutungsverhältnis zwischen Norden und Süden, der wiederholte Bruch des Völkerrechts, die Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, das anhaltende Wettrüsten und vieles andere mehr. Und wir haben unsere konkreten Alternativen für solidarische und gewaltfreie internationale Beziehungen vorgestellt.

Um solche Alternativen zu erarbeiten, waren und sind wir auf die enge Zusammenarbeit mit Friedens- und MenschenrechtsaktivistInnen in Deutschland und in aller Welt angewiesen. Aus dem intensiven Austausch insbesondere mit mutigen Frauen aus Afghanistan, Lateinamerika und dem Nahen Osten haben wir viel gelernt. Wir hoffen, umgekehrt auch zur Stärkung dieser wichtigen Stimmen beigetragen zu haben.

In dieser Broschüre dokumentieren wir unsere Arbeit im Deutschen Bundestag und stellen gleichzeitig die Grundsätze dar, die unseren Lösungsvorschlägen für politische Probleme im Bereich der internationalen Politik zugrunde liegen. Außerdem beschreiben wir aktuelle – positive und beunruhigende – Entwicklungen, die uns zeigen, dass es sich lohnt und dass es weiter nötig ist, sich für eine friedliche, soziale, ökologische und gerechte Welt einzusetzen.



Monika Knoche,  
stellvertretende Fraktionsvorsitzende



Prof. Dr. Norman Paech,  
außenpolitischer Sprecher



Wolfgang Gehrcke,  
Obmann im Auswärtigen Ausschuss



Heike Hänsel,  
entwicklungspolitische Sprecherin

# **I. Die deutsche Außenpolitik ist keine Politik des Friedens**

Die weltpolitische Landschaft hat sich in den letzten 20 Jahren grundlegend verändert. Die Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Vertrages ließ Anfang der neunziger Jahre Hoffnungen auf eine „Friedensdividende“ für eine friedliche Zukunft des internationalen Staatengefüges aufkommen. Diese Hoffnungen haben sich überwiegend nicht erfüllt. Stattdessen gibt es immer mehr Gewalt und Kriege, vor allem in den Regionen der Welt, in denen die großen Energieressourcen Öl und Gas lagern. Dies trifft für die klassischen Rohstofflieferanten im Nahen und Mittleren Osten zu, auch für Zentralasien und die Kaukasus-Region sowie für die Region vom Golf von Guinea bis zum Horn von Afrika. Der afrikanische Kontinent ist in den vergangenen Jahren für die zukünftige Energieversorgung der atlantischen Industriestaaten von immer größerer Bedeutung geworden, zumal dort die VR China als mächtiger Konkurrent um Rohstoffe aufgetreten ist. Das dortige Kriegsgeschehen, zum Beispiel im Kongo, Tschad, Sudan oder Somalia, ist immer auch vor diesem Hintergrund zu sehen. Hinzu kommen die strategischen Transport- und Versorgungslinien, deren Sicherung ebenfalls zunehmend mit militärischen Mitteln unternommen wird. Seit dem 11. September könnten unter dem Vorwand des „Kampfes gegen den Terror“ nahezu alle Staaten auf dem afrikanischen und asiatischen Kontinent, insbesondere aber Iran und Pakistan, zu Zielen von militärischen Interventionen gemacht werden.

## **Für friedliche Konfliktlösung statt neuer Kriege**

An der Ostgrenze der NATO trat an die Stelle der Blockkonfrontation kein den Frieden garantierendes System kollektiver Sicherheit. Der von den NATO-Staaten aktiv unterstützte Zerfall Jugoslawiens, der 1999 in dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Ex-Jugoslawien kulminierte, war nur ein Schritt auf dem weiteren Weg der NATO bis an die Grenzen Russlands. Die Sezession des Kosovo, das geplante Raketenabwehrsystem in Polen und Tschechien und der jüngste Überfall Georgiens auf Südossetien haben zu einer neuen Konfrontation mit Russland geführt.

Wir schauen auf eine Welt, die von der Ausbreitung von Bürgerkriegen, Terrorismus, Sezessionsbewegungen, dem Zerfall schwacher Staaten, der Erosion des UNO-Friedenssystems und der offenen Missachtung des Völkerrechts geprägt ist.

Die USA und ihre westlichen Bündnispartner reagieren mit imperialen Neuordnungsplänen und einer immer stärkeren Militarisierung der Außenpolitik – dies führte zu gigantischen Rüstungshaushalten, zu einer ungebremsten kriegs-technologischen Entwicklung und intensiviertem weltweitem Waffenhandel. Dass sich die USA unter ihrem neuen Präsidenten Obama von dieser Strategie verabschieden

werden, ist bisher nur eine Hoffnung. Diese Politik hat sich als vollkommen unfähig erwiesen, lang anhaltende Konflikte wie den seit über 40 Jahren schwellenden Palästinakonflikt, der sich jüngst wieder in einem Krieg entladen hat, zu lösen. Sie hat sich auch als nicht willens erwiesen, die Abrüstung im konventionellen wie im atomaren Bereich entscheidend voranzubringen. Den Prozess der Globalisierung so zu steuern, dass die Kluft zwischen armen und reichen Ländern nicht größer wird und die Verschwendung der natürlichen Ressourcen nicht die Gefahr eines ökologischen Kollapses und die Bedrohung der eigenen Lebensgrundlagen heraufbeschwört, - an einer solchen Politik hat sie kein Interesse gezeigt. Diese Politik hat die Gefahr heraufbeschworen, das schwindende weltpolitische Gewicht der USA angesichts der wachsenden Konkurrenz von Staaten mit immer stärkerer Wirtschaftskraft wie China, Russland, Indien und Brasilien, durch militärische Konfrontationen zu kompensieren.

### **Das deutsche Streben nach mehr Einfluss auf die neue Weltordnung**

Wer jetzt darauf hofft, die neue Regierung der USA unter Präsident Barack Obama werde schon alle dieser Fehler, Defizite, Gefahren beseitigen, der liegt falsch. Deutschland und die EU selbst müssen unabhängig von den USA einen fundamentalen Wandel ihrer Politik in Gang setzen. Deutschland hat nicht nur durch die direkte oder indirekte Teilnahme an drei großen Kriegen (Jugoslawien, Afghanistan, Irak), sondern auch durch seine bedingungslose Einbindung in die NATO und den Antiterrorkampf an der Erosion des UNO-Friedenssystems und der Schwächung des Völkerrechts mitgewirkt. Im Umgang mit den neuen Konflikten und Krisen haben die deutsche und die europäische Außenpolitik immer öfter zu militärischen Mitteln gegriffen, anstatt alle diplomatischen Möglichkeiten voll auszuschöpfen oder gar vorausschauende Krisenprävention zu betreiben. Dies ist nicht nur mit Bündnisverpflichtungen zu erklären, dahinter stehen auch eigene Macht- und wirtschaftspolitische Interessen, die sich in den Konzepten der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) niederschlagen.

Es war die rot-grüne Koalition, die unter Kanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer eine neue Ära der deutschen Außenpolitik eingeleitet hat: Sie sollte in der zweiten Reihe der Mächte mindestens die erste Geige spielen. Und dies war nach ihren Vorstellungen nur mit einer Verstärkung des militärischen Engagements möglich. So erklärte z. B. Fischer: „Keine Begrenzung deutscher Verantwortung, heißt auch volle militärische Verantwortung.“ Und der damalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping wollte der deutschen Außenpolitik „[...] mit militärischen Mitteln Geltung verschaffen.“



Alle Politikfelder wurden den drei Säulen der deutschen Außenpolitik untergeordnet: ökonomische Leistungsfähigkeit, militärische Stärke und ein starkes transatlantisches Bündnis, welches auch in der EU verankert ist. Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Rüstungsexportpolitik, die Menschenrechtspolitik, die Außenwirtschaftspolitik, die Entwicklungspolitik, die Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik und die Klima- und Umweltpolitik sowie die Energie- und Rohstoffpolitik wurden nach und nach dieser Zielsetzung untergeordnet. Dabei wurden unter dem Vorwand, Menschenrechte zu schützen, „gute Regierungsführung“ durchzusetzen oder zum Staatsaufbau in fragilen Staaten beitragen zu wollen, die Grenzen des Völkerrechts wiederholt überschritten. Die einzige Ausnahme, die Weigerung, durch den Einsatz von Truppen am Krieg gegen Irak teilzunehmen, brachte Gerhard Schröder zwar 2002 den knappen Wahlsieg ein, wurde aber nicht zur Leitlinie einer neuen Außenpolitik.

Auch die auf die rot-grüne Regierung folgende schwarz-rote Koalition hält an diesem Kurs fest. Die immer stärker werdenden Zweifel an der Gewinnbarkeit des Krieges in Afghanistan führen nicht zu einem Kurswechsel.

### **Wir setzen uns für eine andere Außenpolitik ein**

Die Außenpolitik der LINKEN stellt sich diesen Entwicklungen entgegen und zeigt politische Lösungswege auf. Dafür orientiert sie sich an folgenden Grundsätzen:

- Das Völkerrecht achten.
- Konflikte zivil lösen und Krisen vorbeugen.
- Abrüstung weltweit umsetzen.
- Menschenrechte, insbesondere Frauenrechte durchsetzen.
- Armut bekämpfen.
- Klimawandel aufhalten.
- Entwicklungsländern eine Stimme geben.
- Gerechte Wirtschaftsbeziehungen schaffen.
- Solidarische internationale Beziehungen von unten aufbauen.

In den folgenden Kapiteln werden wir diese Grundsätze und unsere daraus resultierenden politischen Lösungswege ausführen.



## **2. Gewalt ist kein Mittel zur Konfliktlösung**

DIE LINKE setzt sich für eine antimilitaristische Friedenspolitik ein. Wenn die Schaffung und Sicherung von Frieden die Leitlinie außenpolitischen Handelns ist, kann Krieg keinesfalls das Mittel zur Durchsetzung sein. DIE LINKE knüpft mit dieser Position an ihre Vorgängerpartei PDS an, die seit 1989 ihre strikt anti-militaristische Haltung auch in solchen Zeiten verteidigt hat, in denen der gesellschaftliche Druck für eine deutsche Beteiligung an Kriegseinsätzen groß war. Die PDS hat sich durch die gesamten 90er Jahre hindurch den immer umfangreicheren und robusteren Bundeswehreinheiten widersetzt und stand schließlich 1999 als einzige im Bundestag vertretene Partei an der Seite der Friedensbewegung, als die rot-grüne Regierung unter Zuhilfenahme drastischer Propaganda-Lügen die Bundeswehr in den Angriffskrieg gegen Jugoslawien schickte; und auch 2001 war die PDS-Fraktion die einzige Fraktion im Bundestag, die den Kriegseinsatz in Afghanistan geschlossen ablehnte.

### **Deutschland beteiligt sich am Krieg**

Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland keinen Krieg will und die Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnt, sind deutsche Streitkräfte gegenwärtig im Rahmen unterschiedlicher Militär-Missionen im Ausland stationiert: Afghanistan, Kosovo, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kongo, Horn von Afrika, Straße von Gibraltar und vor der Küste des Libanon. Die Einsätze finden in unterschiedlichen militärischen Zusammensetzungen, mit unterschiedlichen Mandaten und unterschiedlicher Kampfintensität statt. Der Einsatz von Soldaten im Rahmen der sogenannten Operation Enduring Freedom (OEF) ist noch nicht einmal auf ein UN-Mandat gestützt und entbehrt somit einer völkerrechtlichen Grundlage. Mandate wie das ISAF-Mandat für Afghanistan, die keine Angriffe oder direkte Kampfhandlungen vorsehen, werden regelmäßig durch neue Mandate wie zum Beispiel die Schnellen Eingreiftruppen (QRF) ergänzt und damit kontinuierlich zu Kampfmandaten ausgeweitet. Dabei erreichen die militärischen Einsätze, an denen Deutschland auch im Rahmen der EU und der NATO beteiligt ist, nicht annähernd das, was durch den Willen zur Kooperation und echte Friedensbemühungen möglich gewesen wäre. Im Gegenteil führen die Militäreinsätze zu verstärkter Gewalt, wie das Beispiel Afghanistan deutlich macht. Die Bundesregierung sollte deshalb zu einer realistischen Einschätzung bereit sein und den Militäreinsatz in Afghanistan beenden, um dann glaubhaft zivile Aufbauhilfe zu leisten.

Auch die Bilanz der nun über zehn Jahre währenden militärischen Präsenz auf dem Balkan ist nicht positiv zu nennen.

## **Die Europäische Union: vom friedensstiftenden Staatenbund zur hochgerüsteten Militärallianz**

Die Auslandseinsätze der deutschen Bundeswehr finden fast ausschließlich im Rahmen internationaler Militär-Missionen statt, zunehmend im Rahmen von EU-Militärmissionen. Die EU, ursprünglich als politischer Staatenverbund aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs konzipiert, hat sich im Laufe der letzten zehn Jahre zu einer nicht zu unterschätzenden militärischen Größe entwickelt, die vom ursprünglichen Gedanken einer innereuropäischen Abrüstung abgerückt ist. Die EU-Mitgliedstaaten werden mehr und mehr zu Aufrüstung verpflichtet. Die Einrichtung der EU-Battle Groups und der europäischen Streitkräfte zeigt, dass die Außen- und Sicherheitspolitik der EU auf militärische Stärke setzt. Ziel der LINKEN ist ein verbindlicher EU-Abrüstungspakt und keine – wie durch den Vertrag von Lissabon vorgesehene – allgemeine Aufrüstungsverpflichtung. Die Wiederbelebung der OSZE müsste hierbei eine zentrale Rolle spielen.

DIE LINKE fordert, statt einer Militarisation der EU, wie sie momentan durch die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorangetrieben wird, die kooperative und zivile Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarstaaten in den Mittelpunkt europäischer Sicherheitspolitik zu stellen. Der Vertrag von Lissabon birgt die Gefahr, dass der für die BRD geltende Parlamentsvorbehalt seine Gültigkeit verliert, was bedeutet, dass die Bundesregierung künftig ohne die Zustimmung des Parlamentes über Einsätze der Bundeswehr beschließen könnte.

### **60 Jahre NATO sind 60 Jahre Militarismus**

Die NATO hat sich nach der Auflösung des Warschauer Paktes 1991- anstatt seinem Beispiel zu folgen und die erhoffte „Friedensdividende“ einzulösen -, nach kurzer Legitimationskrise neue Aufgaben außerhalb des eigenen Vertragsgebietes zugewiesen. Mit der neuen NATO-Strategie vom April 1999 beanspruchte sie neue, weit über den Verteidigungsauftrag des Art. 5 NATO-Statut hinausgehende Interventionsbefugnisse. Der blutige Bürgerkrieg auf dem Balkan wurde genutzt, um der zunächst skeptischen Öffentlichkeit die Notwendigkeit einer effektiv eingreifenden Militärallianz anstelle einer „wirkungslosen UNO-geführten Operation“ zu suggerieren. Damit hat die NATO in der Öffentlichkeit ihre völkerrechtswidrigen Militäreinsätze gerechtfertigt. 2001 rief die NATO nach den Anschlägen des 11. September erstmalig den Bündnisfall aus.

Die Kritik an dieser Entwicklung setzt vor allem an zwei Punkten an. Zum einen führen die zunehmenden militärischen Interventionen der NATO (auch außerhalb des Bündnisfalles) zu einer immer unstabileren und unberechenbarer werdenden Weltsicherheitslage, da die NATO sich über die Vereinten Nationen und das Völkerrecht hinwegsetzt. Andererseits sorgen die Erweiterungsbestrebungen der NATO für

eine weitere Destabilisierung von Krisenregionen. So könnte die beabsichtigte Erweiterung der NATO in Osteuropa (Georgien und Ukraine) zu einer Zuspitzung der Konflikte führen. DIE LINKE spricht sich daher gegen die Erweiterung der NATO aus. Der globale Machtanspruch der NATO ist abzulehnen, weil lediglich die partikularen Interessen des Westens bzw. Nordens unter US-amerikanischer Hegemonie vertreten werden. Diese einseitige Interessendurchsetzung anstelle eines Interessenausgleiches schafft keinen Frieden sondern erzeugt Spannungen, Instabilitäten, Konflikte und Kriege. Deswegen strebt DIE LINKE die Auflösung der NATO an.

Die NATO hat zudem maßgeblich zur Etablierung der „zivil-militärischen Zusammenarbeit“ beigetragen. Dieser Ansatz, der insbesondere in Afghanistan erprobt wird, hat dazu geführt, dass entwicklungspolitische Maßnahmen, die in Kriegs- und Krisengebieten so dringend nötig sind, kaum noch durchgeführt werden können und diskreditiert sind. Eine nachhaltige, zivile Entwicklung wird damit nicht erreicht.

### **Das Problem der zivil-militärischen Zusammenarbeit (CIMIC)**

Seit Mitte der 1990er Jahre gewinnt die Civil-Military Cooperation (CIMIC, zivil-militärische Zusammenarbeit) in der Einsatzplanung der NATO-Streitkräfte zunehmend an Bedeutung. CIMIC steht für die Interaktion zwischen zivilen und militärischen Akteuren und für den Versuch, durch Kontakte mit der Bevölkerung, durch kurzfristige humanitäre Hilfeleistungen und Wiederaufbauhilfe die Akzeptanz von Truppen am Einsatzort zu stärken und damit die Gefahr von Anschlägen auf die Streitkräfte zu verringern. DIE LINKE lehnt das Konzept der zivil-militärischen Zusammenarbeit ab, da die enge Anbindung humanitärer und ziviler Organisationen an die militärischen Strukturen (Bereitstellung von Infrastruktur, Vermittlungstätigkeiten, Bereitstellung von Geldern) dazu führt, dass diese von der Bevölkerung nicht mehr von den militärischen Einheiten zu unterscheiden sind. Dadurch verlieren sie ihre Anerkennung und Neutralität und werden selbst zum Ziel von Anschlägen.

## **Kritik der NGOs am zivil-militärischen Konzept**

- Für die humanitäre Nothilfe bedeutet die Zusammenarbeit mit dem Militär bzw. die Übernahme eines Teils ihrer Aufgaben durch das Militär den Verlust von Neutralität, die für ihre Arbeit wichtig ist. Ihr humanitäres Anliegen ist schwer mit dem politischen Auftrag von Besatzungstruppen zu vereinbaren.
- Die Nähe der Entwicklungs- und humanitären Nothelfer/innen zum Militär provoziert Verwechslungsgefahren: Die Entwicklungshelfer/innen werden als Bestandteil einer Besatzungsmacht wahrgenommen und so zum Ziel von Anschlägen.

Die Vermischung von Entwicklungs- und militärstrategischen Zielen führt zu einer Konzentration der Ressourcen für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe auf solche Regionen, die von besonderem sicherheitspolitischem Interesse sind. In Afghanistan konkurrieren nichtstaatliche Entwicklungsorganisationen mit den PRTs (Provincial Reconstruction Teams) um finanzielle Förderung.

- Militärische Einheiten sind nicht qualifiziert, um Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe sachgemäß zu übernehmen.

Parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE, siehe Kapitel 10.

## **(Wieder-)Einrichtung eines europäischen Systems kollektiver Sicherheit**

DIE LINKE fordert neben der umfassenden Stärkung der UNO zur Bewältigung globaler Probleme auch ein regionales System gegenseitiger, kollektiver Sicherheit für Europa. Ein solches regionales Sicherheitskollektiv ist gemäß des Subsidiaritätsprinzips der UNO (Art. 52 UNO-Charta) von dieser gewünscht und unter ihrem Dach möglich. Dieses regionale System kollektiver Sicherheit muss auf Landesverteidigung, gemeinsamen Sicherheitsverpflichtungen sowie Abrüstungs- und vertrauensbildenden Maßnahmen beruhen. Darüber hinaus müssen in dieser Organisation nichtmilitärische Verfahren, Strukturen und Instrumente etabliert werden, mit denen Sicherheitsrisiken präventiv oder reaktiv erfolgreich bearbeitet werden können.

DIE LINKE tritt deswegen dafür ein, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) – als Alternative zur NATO und zur Militarisierung der EU – zu stärken. Wie die UNO wurde auch die OSZE durch die NATO gezielt an den Rand der Bedeutungslosigkeit gedrängt. Dabei entsprechen ihre Ziele und Aufgaben denen eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit. Eine neue Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE), die Russland mit einschlie-

Ben muss, könnte dazu beitragen, Spannungen abzubauen, Abrüstung wiederzuleben und Impulse für eine konstruktive Friedenspolitik auch über Europa hinaus zu geben.

## **Afghanistan und Pakistan – ein Krieg weitet sich aus**

Der Krieg in Afghanistan hat die von den NATO-Streitkräften und ihren Verbündeten für die Öffentlichkeit formulierten Ziele nicht erreicht. Die soziale Situation im Land wird zunehmend schlechter. Innerhalb von nun beinahe 8 Jahren Besetzung ist es weder gelungen, die Lage von Frauen und Mädchen deutlich zu verbessern, noch ein tragfähiges staatliches System zu etablieren, das Grundversorgung und Gerechtigkeit gewährleistet und die Mitbestimmung der Bevölkerung garantiert. In kalten Wintern erfrieren viele Menschen, zahlreiche Menschen verhungern. Jährlich sterben über 2000 Zivilpersonen, von denen ca. 40 % als sogenannte Kollateralschäden bei Angriffen oder Vergeltungsschlägen der alliierten Streitkräfte umkommen.

Aus der Konfrontation der afghanischen Bevölkerung mit der militärischen Besetzung sind die extremistischen Kräfte (Taliban, Al Quaida und Nordallianz) gestärkt hervorgegangen.

Die einzige Reaktion der Besatzungsmächte ist die ständige Aufstockung der in Afghanistan stationierten Soldat/innen und die Ausweitung der Kampfeinsätze.

Seit dem Sommer 2008 werden von den NATO-Streitkräften auch Ziele in Pakistan bombardiert. Die ganze Region ist von Instabilität bedroht.

DIE LINKE fordert den Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan und eine regionale Sicherheitskonferenz für Afghanistan, die alle Staaten in der Region in eine Konfliktlösung mit einbezieht. Wir fordern außerdem die Umwidmung der Gelder, die für den Militäreinsatz ausgegeben wurden (bis 2008 ca. 530 Millionen Euro) für zivile Entwicklungsarbeit. DIE LINKE unterstützt die Bemühungen der afghanischen Friedensjirga und die Arbeit der Frauenorganisation RAWA, die sich insbesondere um afghanische Flüchtlinge in pakistanischen Flüchtlingslagern kümmert.

Weiter gelesen werden kann in: Den Krieg beenden – Frieden für Afghanistan, Broschüre der Fraktion DIE LINKE (2008); [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de) – Publikationen – Broschüren oder: <http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7761174820.pdf>.

## **Alternativen zur Militarisierung: Zivile Krisenprävention**

Die UN-Charta hat die Verpflichtung zur Wahrung des Friedens und der internationalen Sicherheit durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts in Art. 1 an die Spitze ihrer Prinzipien gestellt. Ein Umdenken hin zu einer Politik des Friedens und der Abrüstung ist deshalb unverzichtbar und höchst dringlich. Vorrang im außenpolitischen Handeln müssen politische Krisenprävention, Ursachenbekämpfung, zivile Konfliktbearbeitung, interkultureller Dialog, Abrüstung, Kontrolle der Waffentransfers bis hin zum Einsatz ökonomischer, juristischer und polizeilicher Instrumente haben.

Eine Strategie des Friedens muss auf die Beseitigung der Konfliktursachen gerichtet sein. Sie muss Bedingungen für soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Entwicklung, Recht und demokratische Teilhabe, eine gerechte Weltwirtschaftsordnung sowie nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen überall auf der Welt schaffen. Die legitime Rolle der Zivilgesellschaft in Fragen des Friedens und der Sicherheit muss von den Regierungen wie von den wichtigen internationalen Organisationen offiziell anerkannt und gestärkt werden.

Die Bundesregierung muss verstärkt Initiativen zur nichtmilitärischen Streitbeilegung und Konfliktbearbeitung entwickeln und umsetzen. Dies beginnt mit der Frühwarnung vor und der frühzeitigen diplomatischen Entschärfung bei Konflikten und setzt sich fort über ökonomische und humanitäre Hilfsangebote bis zum Aufbau umfassender ziviler Instrumente der Konfliktprävention, -bewältigung und -bearbeitung.

Der zivilen Konfliktprävention muss in der Außenpolitik eine Schlüsselrolle zukommen. Die LINKE tritt dafür ein, Konzepte ziviler Konfliktprävention und -bearbeitung in enger Abstimmung mit den Zivilgesellschaften und Institutionen der betroffenen Staaten oder Regionen zu entwickeln.

Deutschland verfügt über ein kompetentes Netz staatlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen, die in ihrer langjährigen Arbeit unschätzbare Kompetenzen in der zivilen Konfliktprävention und -bearbeitung entwickelt haben. Diese Organisationen gilt es sowohl finanziell als auch politisch zu stärken.

Die UN-Resolution 1325 zum Schutz von Frauen und Mädchen in Krisengebieten muss in die Realität umgesetzt werden. Erfolgreiche Präventionsarbeit kann nur unter Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen, besonders aber der Frauen und Mädchen geschehen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, den Zivilen Friedensdienst substanziell zu stärken und auf EU-Ebene Schritte zum Aufbau eines Europäischen Zivilen Friedensdienstes einzuleiten.

## Der Nah-Ost-Konflikt

Seit Jahrzehnten ist der Nahe Osten eine Region schwelender Konflikte. Die israelisch-palästinensische Auseinandersetzung steht dabei im Mittelpunkt. Die beiden Konfliktparteien befinden sich seit nunmehr vierzig Jahren fast ununterbrochen im Kriegszustand.

Die Wurzeln des Konflikts reichen noch vor die Zeit der Staatsgründung Israels zurück. Während die Schaffung des Staates Israel 1948 den im Holocaust verfolgten Jüdinnen und Juden Sicherheit brachte, sahen die Palästinenser/innen einer ungewissen Zukunft entgegen. Denn die Verpflichtung der Teilungsresolution, auch einen palästinensischen Staat zu schaffen, wurde nicht erfüllt. So wurden etwa eine Dreiviertelmillion Menschen zur Flucht gezwungen. Seitdem herrscht zwischen den beiden Völkern ein permanenter Zustand der Konfrontation, des Krieges und der Gewalt.

Trotz zahlreicher Resolutionen des UN-Sicherheitsrats hält Israel die verbliebenen palästinensischen Gebiete seit gut vierzig Jahren besetzt. Die Gründung eines eigenen lebensfähigen palästinensischen Staates, die sog. „Zweistaatenlösung“, wurde durch völkerrechtswidrige Ansiedlung israelischer Staatsbürger und Landannexion verhindert.

Bis in die Gegenwart hat es mehrere Friedensinitiativen gegeben, wie die von Oslo, Madrid, Camp David, Taba, Genf und Scharm El-Sheik, die alle ohne Erfolg blieben. Fast genau ein Jahr nach der letzten Friedensinitiative, der Konferenz von Annapolis 2007, begann der jüngste Gewaltausbruch. Die dreiwöchige israelische Militäroffensive im Gazastreifen zum Jahreswechsel 2008/09 zählt bereits jetzt zu den blutigsten Auseinandersetzungen seit 1967, als Israel palästinensische Gebiete besetzte, u. a. die Westbank inklusive Ost-Jerusalem und den Gazastreifen. Der derzeitige Waffenstillstand ist äußerst brüchig und jederzeit kann der Krieg von Neuem beginnen. Die Fronten zwischen den Konfliktparteien sind verhärteter denn je.

Die Bundesregierung hat bis heute versäumt, für einen gerechten und nachhaltigen Frieden für Israel und Palästina aktiv zu werden. Stattdessen hat sie sich öffentlich kritiklos auf die Seite Israels gestellt. Sie schweigt beispielsweise zu den international allgemein verurteilten völkerrechtswidrigen Handlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten und ignoriert die durch die Besetzung herbeigeführte humanitäre Katastrophe. Davon zeugt nicht zuletzt die Rede von Kanzlerin Angela Merkel vor der Knesset im April 2008 anlässlich des 60. Jahrestags der Staatsgründung Israels.

Wir als DIE LINKE sehen uns hingegen in einer Doppelverantwortung für Israel und die Palästinenser und Palästinenserinnen. Denn eine einseitige Parteinahme in diesem Konflikt wird nicht zu seiner Lösung beitragen.



Für DIE LINKE gilt, dass Deutschland wegen der furchtbaren Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus eine besondere Verantwortung gegenüber Israel und gegen jede Art von Rassismus, Antisemitismus, Unterdrückung und Krieg hat. Diese Verantwortung ist nicht relativierbar. Sie schließt Verantwortung für einen palästinensischen Staat ein, der die Bundesregierungen bisher jedoch in keiner Weise gerecht geworden sind. Daraus folgt, dass das Existenzrecht Israels ebenso wenig in Frage gestellt werden darf wie das eines palästinensischen Staates.

### **DIE LINKE fordert**

- die Umsetzung der Kernbeschlüsse der Vereinten Nationen (VN) zu Israel und Palästina
- das Ende der Besatzungspolitik Israels, den sofortigen Siedlungsstopp und den Rückbau der Mauer auf israelisches Gebiet entsprechend dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofes von 2004
- einen durch den VN-Sicherheitsrat garantierten Gewaltverzicht zwischen Israel und Palästina
- eine Zweistaatenlösung: Die Anerkennung des Existenzrechts Israels von allen Beteiligten in völkerrechtlich verbindlich festgelegten sicheren Grenzen. Die Schaffung eines vollständig souveränen palästinensischen Staates mit völkerrechtlich verbindlichen, von allen Beteiligten anerkannten, sicheren Grenzen mit einem zusammenhängenden Territorium im Westjordanland auf der Grundlage der Grenzen von 1967, einschließlich der Möglichkeit eines einvernehmlichen Gebietsaustausches. Ferner muss der palästinensische Staat wirtschaftlich und sozial lebensfähig sein und über die Kontrolle der eigenen Ressourcen, wie Land und Wasser sowie über frei zugängliche und sichere Verkehrswege zwischen dem Westjordanland und dem Gaza-Streifen verfügen.
- die besondere Beachtung der UNO-Resolution 1325, also die Einbeziehung von Frauen nach den Standards der UN-Resolution im Verhandlungsprozess Israel – Palästina
- eine dem Marshallplan ähnliche Initiative für den Wiederaufbau in Palästina
- eine Friedenskonferenz für den Nahen Osten nach dem Vorbild des KSZE-Friedensprozesses einzuberufen, an der alle Konfliktparteien und Staaten und beteiligt werden, auch Libanon und Syrien und Iran
- eine Lösung des Flüchtlingsproblems auf der Basis der Resolution 194 des UN-Sicherheitsrats

Parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE zum Thema Nah-Ost siehe Kapitel 10.

### 3. Dem Völkerrecht verpflichtet

Am 24. Oktober 1945 trat die Charta der Vereinten Nationen (UN-Charta) in Kraft. Nach dem Sieg über den deutschen Faschismus sollte mit ihr eine Weltfriedensordnung auf der Basis eines kollektiven Sicherheitssystems verwirklicht werden. Die zentralen Koordinaten, die in der UN-Charta kodifiziert wurden, sind die Herrschaft des Rechts, die souveräne Gleichheit aller Staaten, das absolute Gewaltverbot in den Beziehungen zwischen den Staaten und die Beilegung aller Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln. Die UN-Charta und das Völkerrecht bilden bis heute die einzigen universalen Handlungsstandards und insofern die verbindliche Leitlinie für jede Außenpolitik. Diese gilt es auch vor dem Hintergrund neuer Konflikte zu wahren und sie ohne Aufgabe ihrer Essenz weiterzuentwickeln. Gerade weil das Internationale Recht nicht statisch, sondern dynamisch ist, ist seine Weiterentwicklung, z. B. im Bereich der Menschenrechte und Umweltfragen notwendig für den Umgang mit neuen Herausforderungen.

#### **Aushöhlung des Gewaltverbots durch militärinterventionistische Bündnisse**

Obwohl die UN-Charta bis heute nichts an ihrer Gültigkeit verloren hat, wird sie von den Staaten und Bündnissen wie NATO, EU und „Koalition der Demokratien“ (Coalition of Democracies) sowie von neuen Konzepten zunehmend zurückgedrängt. So wird versucht, das absolute Gewaltverbot durch die „responsibility to protect“ (Internationale Schutzverantwortung), die die „humanitäre Intervention“ zu einer internationalen Pflicht erhebt, und durch den „Kampf gegen Terror“ außer Kraft zu setzen. Gewalt erscheint in diesen Konzepten als zulässiges Mittel der Politik.

„Nieder mit dem Krieg!“ Diesem Aufruf Karl Liebkechts fühlt sich DIE LINKE verpflichtet. Wir akzeptieren den Krieg nicht als „ultima ratio“, wie dies die anderen Bundestagsfraktionen tun. DIE LINKE sieht sich in der Tradition der Friedensbewegung, deren Grundprinzip lautet: Krieg darf kein Mittel der Politik sein.

Aufgabe des UN-Sicherheitsrats ist es, bei Bedrohung des Weltfriedens über Maßnahmen der Konfliktbeilegung bzw. -lösung zu entscheiden. Er hat sich allerdings nicht nur durch seine Zusammensetzung, die ein Relikt des Kalten Krieges ist, als oftmals unfähig oder unwillig erwiesen, geeignete Maßnahmen zur Konfliktlösung und Friedenssicherung zu ergreifen, sondern hat militärische Maßnahmen beschlossen.

Den kriegführenden Staaten und Bündnissen gilt ein Mandat des UN-Sicherheitsrates längst nicht mehr als einzige Legitimation für militärische Interventionen.

Vielmehr werden militärische Interventionen missbräuchlich kurzerhand als „im Einklang mit dem Völkerrecht“ gerechtfertigt, auch wenn der UN-Sicherheitsrat kein Mandat erteilt. Der Angriff auf Jugoslawien, der Einmarsch im Irak und die sogenannte Operation Enduring Freedom in Afghanistan sind Beispiele dafür.

DIE LINKE verteidigt das absolute Gewaltverbot der UN-Charta und lehnt deshalb Militäreinsätze grundsätzlich ab. Die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland ist gegen Krieg und gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr. DIE LINKE hat mit ihrer friedenspolitischen Arbeit dazu beigetragen, dass sich in Deutschland eine kritische Öffentlichkeit gegen den Krieg in Afghanistan, an dem Deutschland aktiv teilnimmt, entwickeln konnte. Die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland fordert heute den Abzug deutscher Streitkräfte aus Afghanistan.

### **Achtung und Stärkung des Völkerrechts**

DIE LINKE fordert, den Vereinten Nationen als einzigem globalem System kollektiver Sicherheit endlich die zentrale Funktion einzuräumen, die sie laut UN-Charta haben müsste: die der materiellen Ausübung des globalen Gewaltmonopols – ein Recht, das die Mitgliedsstaaten und somit auch Deutschland Kraft ihres Beitritts zur UN anerkannt haben. Damit haben die Mitgliedsstaaten ihr Recht zur Gewaltanwendung weitgehend an die UN abgetreten (Art. 39, 42 UN-Charta) und auf ihr Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung beschränkt (Art. 51 UN-Charta). DIE LINKE erwartet von den Vereinten Nationen, dass sie das Gewaltverbot der UN-Charta ebenso achten und das ihnen übertragene Gewaltmonopol nur in Übereinstimmung mit der UN-Charta und nicht missbräuchlich anwenden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, der Erosion des Völkerrechts entgegenzuwirken und den Vereinten Nationen und ihren Institutionen wieder Geltung zu verschaffen. Der Bezug auf die Charta muss wieder zum Garant für die Einhaltung des Gebots der Gewaltfreiheit in den internationalen Beziehungen werden. Der Anspruch auf kollektive Gewaltausübung durch die NATO und andere Militär- und Interventionsbündnisse muss aufgehoben werden.

### **Für eine umfassende Reform der Vereinten Nationen**

Um dies zu gewährleisten, muss die UN politisch und im Rahmen einer umfassenden institutionellen Reform gestärkt werden. Die Zusammensetzung des UN-Sicherheitsrates entspricht immer noch den überholten machtpolitischen Realitäten des Kalten Krieges. Notwendig wären die Beteiligung aller Kontinente im UN-Sicherheitsrat und eine Demokratisierung der Entscheidungsprozesse. Deshalb muss die Stellung der UN-Generalversammlung gegenüber dem UN-Sicherheitsrat gestärkt werden, auch um den Trend zur Aushöhlung des Gewaltverbots aufzuhalten. Dazu sollte das Verfahren der Uniting for Peace-Reso-

lution 377 von 1950 in die UN-Charta übernommen werden. Sie erlaubt die Einberufung einer Sondergeneralversammlung, wenn der UN-Sicherheitsrat durch ein Veto entscheidungsunfähig ist. Die Generalversammlung sollte darüber hinaus an Entscheidungen über militärische Maßnahmen beteiligt werden.

UN-Sonderorganisationen und Nebenorgane, wie das UN-Organ UNEP (Umweltprogramm der Vereinten Nationen) und der UNHCR (Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen), müssen entsprechend der globalen Probleme des 21. Jahrhunderts institutionell und operativ aufgewertet werden, wozu auch eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung gehört. Die Peace-Keeping Commission der UN muss mit weit reichenden Ressourcen zur Früherkennung von sich anbahnenden kriegerischen Konflikten ausgestattet werden, um ihre Eindämmung schnell und nachhaltig mit zivilen Mitteln bewältigen zu können. Die Vereinten Nationen müssen mit neuen Instrumenten ausgestattet werden, um Klima- und andere umweltbedingte Kriege präventiv abwenden zu können.

### **Selbstbestimmungsrecht und Sezessionsverbot**

Die zentralen Normen des Völkerrechts sind das Gewalt- und das Interventionsverbot in den zwischenstaatlichen Beziehungen, die Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Staaten sowie das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Sie schützen jene Staaten vor Interventionen, die auf Grund innerer Kriege und Übergriffen von außen nicht mehr in der Lage sind, die eigene Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Mag es sich um Staaten wie Somalia, Haiti oder Kongo, aber auch um Afghanistan oder Irak handeln, sie alle sind dabei, in Protektorate jener Mächte verwandelt zu werden, die ihre ökonomischen und strategischen Interessen nicht nur am Hindukusch, sondern auch am Euphrat, Tigris, Kongo oder Horn von Afrika, d. h. weltweit militärisch durchsetzen wollen.

Es ist nicht Aufgabe der Außenpolitik, anderen Staaten unser Modell der Demokratie, der Freiheit des Marktes und der "Guten Regierungsführung" (good governance) aufzuzukroyieren. Das Selbstbestimmungsrecht garantiert den Völkern das Recht, „frei über ihren politischen Status“ zu entscheiden und „in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung“ zu gestalten.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist ein Menschenrecht. Seit seiner Aufnahme in Artikel 1 der beiden Menschenrechtspakte von 1967/1976 soll es den Völkern innerhalb ihrer Staaten Schutz vor Unterdrückung und Entwürdigung geben. Es stellt nicht, wie vielfach behauptet, einen Widerspruch zur Souveränität und territorialen Integrität der Staaten dar. In gewachsenen multiethnischen Staaten ist es als Autonomierecht innerhalb des souveränen Gesamtstaates zu verstehen.

Eine Sezession ist nur im Einverständnis aller beteiligten Parteien möglich. Bei massiver Unterdrückung wie Genozid oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit erwächst dieses Autonomierecht allerdings wieder zu dem alten Recht auf Sezession, wie es den kolonial unterdrückten Völkern zur Unabhängigkeit von den Kolonialmächten in der UNO eingeräumt worden war. Somit gibt das Selbstbestimmungsrecht zwar den Palästinensern oder Sahraouis das Recht auf einen eigenen unabhängigen Staat. Es darf aber nicht für einseitige Sezessionen wie im Falle des Kosovo, Südossetiens und Abchasiens missbraucht werden. Die Instrumentalisierung des Selbstbestimmungsrechts zur Aufteilung von Staaten ist nicht nur ein klarer Verstoß gegen das völkerrechtliche Prinzip der territorialen Integrität und Souveränität, sondern auch ein höchst gefährliches Beispiel für alle Staaten, in denen verschiedene ethnische Gruppen leben.

### **Einseitige Abspaltung des Kosovo: Die LINKE klagt vor dem Verfassungsgericht**

DIE LINKE hat ihrer Kritik an der deutschen Serbien-Kosovo-Politik, insbesondere ihre Ablehnung der Abtrennungspolitik des Kosovos von Serbien und der Anerkennung des Kosovos und der Stationierung deutscher Soldaten im Rahmen der KFOR, auch mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht Ausdruck verliehen. Mit dieser Klage soll versucht werden, den Abzug der deutschen Soldaten aus dem Kosovo zu erreichen. Die rechtliche Grundlage der Beteiligung deutscher Truppen an dem KFOR-Einsatz im Kosovo war die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates vom Juni 1999. Diese Resolution sah die Einrichtung einer internationalen zivilen Mission und einer militärischen Mission unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen vor und bekräftigt im Gegenzug die „Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien“ (Absatz 10 der Präambel).

Mit der völkerrechtswidrigen Unabhängigkeitserklärung der Kosovo-Albaner und der nicht weniger rechtswidrigen Anerkennung des unabhängigen neuen Staates Kosovo durch die Bundesregierung ist diese Voraussetzung jedoch entfallen. Die UN-Resolution deckt nur solche Maßnahmen, die die Verwaltung des Kosovo als Teil der Republik Serbien und nicht als unabhängigen Staat betreffen. Die Bundeswehr gewährleistet nun nicht mehr die Sicherheit bis „zur Schaffung einer politischen Übergangsrahmenvereinbarung“ (Res. 1244). Stattdessen sichert sie den einseitig und letztlich gewaltsam herbeigeführten „endgültigen Zustand“, die Unabhängigkeit des Kosovo, völkerrechtswidrig militärisch ab.

## **Unabhängigkeitsbestrebungen auch in Georgien**

Der Präzedenzfall Kosovo hat eine „Nachahmungswelle“ ausgelöst und zu ebenfalls völkerrechtswidrigen Unabhängigkeitserklärungen der beiden georgischen Provinzen Süd-Ossetien und Abchasien geführt. DIE LINKE fordert im Gegensatz zu den anderen Parteien und den tonangebenden westlichen Regierungen die Anwendung der gleichen Rechtsmaßstäbe für alle drei Fälle – also die Gewährleistung umfassender Autonomie der Provinzen innerhalb souveräner Staaten, in diesen Fällen Serbien und Georgien. Die westliche Politik hingegen orientiert sich nicht an der internationalen Rechtsordnung, sondern verfolgt macht- und geopolitische Interessen: Während gegen den Willen Serbiens das Kosovo vom Staatsgebiet amputiert wurde, sollen für Georgien die zentralen Normen des Völkerrechts, die Souveränität und territoriale Integrität unbedingt gewahrt werden. Russland hat den Präzedenzfall Kosovo seinerseits genutzt, um die Unabhängigkeit der beiden georgischen Provinzen anzuerkennen. Kurzfristige geostrategische Interessen dominieren auch in diesem Fall über eine grundsätzlich sinnvolle und friedenserhaltende internationale Rechtsordnung.

## 4. Menschenrechte, insbesondere Frauenrechte weltweit durchsetzen

„Alle Menschen sind frei und gleich an Rechten und Würde geboren“, so heißt es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die am 10. Dezember 1948 durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen als Konsequenz aus den Verbrechen des zweiten Weltkrieges verabschiedet wurde. Die Menschenrechte sind heute ein elementarer Bestandteil des Völkerrechts und das weitgespannte Regelwerk der Vereinten Nationen umfasst heute über siebzig Konventionen und Resolutionen. Doch auch nach ihrem 60. Geburtstag sind die Menschenrechte noch nicht überall auf der Welt universell wirksam. Im Gegenteil: Nicht nur in den Regionen der Welt, in denen sich Rechtsstaatlichkeit noch nicht soweit durchsetzen konnte, dass alle Menschen von ihren Rechten Gebrauch machen können, steht die Verletzung von Menschenrechten auf der Tagesordnung. Der „Krieg gegen den Terror“ hat dazu geführt, dass wichtige Errungenschaften, wie das 1987 in Kraft getretene Übereinkommen gegen die Folter, nahezu wirkungslos geworden sind. Anstatt, wie von den USA und ihren Alliierten behauptet, Frieden, Demokratie und Menschenrechte auf den Balkan, nach Afghanistan oder in den Irak zu bringen, ist die Verwirklichung der Menschenrechte fast überall um Dekaden zurückgefallen. Grundsätzlich müssen alle Regierungen, die Menschenrechte verletzen, öffentlich kritisiert und zur Einhaltung ermahnt werden, denn nur die Durchsetzung von Menschenrechten kann Frieden sichern. Hingegen kann eine kriegsgerische Durchsetzung von Menschenrechten nicht gelingen. Deswegen fordert DIE LINKE:

- Die Achtung und Verteidigung von Menschenrechten muss Grundlage aller Politik sein.
- Die Bundesrepublik muss Vorreiterin bei der Unterzeichnung und Ratifizierung der internationalen Menschenrechtsabkommen werden und ihre Defizite bei einer revidierten Europäischen Sozialcharta, bei der Wanderarbeiter- und der Kinderkonvention beheben. Zum Sozialpakt soll ein Individualbeschwerdeverfahren etabliert werden, damit Betroffene juristisch gegen Verletzungen ihrer sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte vorgehen können. Wir unterstützen die Stärkung einer unabhängigen europäischen und internationalen Strafgerichtsbarkeit und die Schaffung eines Internationalen Menschenrechtsgerichtshofs.
- In den außen- und wirtschaftspolitischen Beziehungen müssen Menschenrechtsfragen ein stärkeres Gewicht erhalten. Die Abschaffung von Todesstrafe und Folter muss unabhängig von diplomatischer Opportunität eingefordert werden. Die deutsche Außenpolitik muss klar Stellung beziehen gegen die Unterdrückung von Frauen, Homosexuellen, ethnischen und religiösen Minderheiten.



- Jeglicher Fundamentalismus darf nicht zur Rechtfertigung von Menschenrechtsverletzungen dienen oder für die Revision geltender Menschenrechtsstandards missbraucht werden. Terrorismus und Fanatismus sind nur auf Grundlage der Menschenrechte wirksam zu bekämpfen, nicht durch ihre Aussetzung. Der Respekt vor den Menschenrechten ist das wirksamste Mittel gegen Terror.

## **Wirtschaftliche und soziale Menschenrechte müssen verwirklicht werden**

DIE LINKE strebt eine Gesellschaft an, in der sowohl die bürgerlichen Freiheitsrechte als auch die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte voll durchgesetzt sind. Persönliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit bedingen einander. DIE LINKE hat deshalb begrüßt, dass im Dezember 2008 das Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte (WSK-Pakt) verabschiedet wurde und damit auch diese Rechte individuell vor dem zuständigen UN-Ausschuss einklagbar werden. In einer Welt, in der sich maßloser Überfluss und bittere Armut gegenüberstehen, in der die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen täglich in Kriegen vernichtet werden und in der Unterdrückung und Folter, Vertreibung und staatlich sanktionierter Mord an der Tagesordnung sind, sind die Menschenrechte noch sehr weit von ihrer Verwirklichung entfernt. DIE LINKE unterstützt weltweit Aktivistinnen, die Menschenrechte für sich und andere einfordern und dabei oftmals hohe persönliche Risiken eingehen.

### **DIE LINKE macht die UN-Resolution 1325 zum Thema**

Im Oktober 2000 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat einstimmig die Resolution 1325. Damit wurde zum ersten Mal ein völkerrechtliches Instrument geschaffen, das dem Schutz von Frauen und Mädchen sowohl in Kriegs- und Krisensituationen dient, als auch ihre Beteiligung an Friedensprozessen aktiv unterstützt. Die Resolution beinhaltet 18 Forderungen, deren Umsetzung die Lage von Frauen und Mädchen im Krieg und bei Gewalteinwirkung wirklich verbessern könnte. Denn Frauen und Mädchen sind mehr denn je von den Folgen von Kriegen und innerstaatlichen Konflikten betroffen. Traditionell sind sie besonders in Kriegszeiten mit der Versorgung von Familien betraut. Sie werden mehr als in Friedenszeiten Opfer häuslicher und sexualisierter Gewalt und nicht selten sind sie von der Kriegsstrategie der Vergewaltigung durch gegnerische Gruppen betroffen. Neue Kriegsformen fordern zudem ein sehr hohes Maß an zivilen Opfern. Frauen üben aber auch, wenn auch seltener als Männer, Gewalt in Kriegen und Konflikten aus.

Der Fokus der Resolution 1325 liegt auf drei Bereichen: der Prävention von Konflikten, der politischen Teilhabe von Frauen in (post-)konfliktiven Situationen und dem Schutz von Frauen vor Gewalt. Leider wird die Resolution 1325 bis

heute viel zu wenig umgesetzt. Auch Deutschland, das seit 2003 der Gruppe „Freunde der Resolution 1325“ angehört, tut viel zu wenig, um dem Anliegen der Resolution Wirksamkeit zu verschaffen. An den Berichten der Bundesregierung zur Umsetzung wird deutlich: Die wenigen Projekte, die im Rahmen von 1325 gefördert werden, stehen in keinem Vergleich zu den hohen Ausgaben für die militärischen Auslandseinsätze.

### **Frauen-Friedenspolitische Aktivitäten der Fraktion die LINKE**

Die LINKE setzt sich aktiv für die Vernetzung von Friedensaktivistinnen auf der ganzen Welt ein. Im Rahmen von Frauenfriedensreisen, wie z.B. nach Israel, Syrien, Libanon und in die palästinensischen Gebiete, informierten sich die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE über die Möglichkeiten der Umsetzung von 1325 in einzelnen Konfliktregionen. Sie organisierten während des Krieges in Gaza im Januar 2009 die Konferenz „Salam/Shalom“ mit Vertreterinnen von Frauen-Friedensorganisationen aus Israel und den palästinensischen Gebieten. Die beiden mutigen Friedensaktivistinnen Malalai Joya und Zoya aus Afghanistan waren mehrmals bei der Fraktion DIE LINKE in Berlin zu Gast.

Weiter gelesen werden kann unter: [www.linksfraktion/resolution1325.de](http://www.linksfraktion/resolution1325.de)

### **Asyl ist ein Menschenrecht**

Aufgrund der zahlreichen ökonomischen, kriegerischen und klimabedingten Krisen auf der Welt sind jährlich um die 9 Millionen Menschen auf der Flucht. Hinzu kommen zahlreiche Binnenflüchtlinge. Trotz der schlechten Situation dieser vielen Menschen schotten sich die westlichen Staaten immer stärker vor Flüchtlingen ab. Diese Praxis ist nicht mit der universellen Achtung der Menschenrechte vereinbar. Deswegen fordert DIE LINKE die Bundesregierung auf, den effektiven Schutz von Flüchtlingen entsprechend internationaler Konventionen zu gewährleisten. Die restriktive Anhörungs- und Entscheidungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge muss beendet werden, ebenso die forcierten Widerrufsverfahren gegen bereits anerkannte Flüchtlinge. An den behördlichen Umgang mit besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen (Traumatisierte, Minderjährige usw.) müssen besondere Anforderungen gestellt werden. Bei Entscheidungen über die Gewährung von Asyl und Abschiebungsschutz müssen neben den Lageberichten des Auswärtigen Amtes die Erkenntnisse des UNHCR und nichtstaatlicher Menschenrechtsorganisationen maßgeblich berücksichtigt werden. Flüchtlinge dürfen außerdem nicht von Integrationsmaßnahmen ausgeschlossen werden. Dafür bedarf es einer gesetzlichen Bleiberechtsregelung, die geduldeten Flüchtlingen und Asylsuchenden einen Rechtsanspruch auf Aufenthalt verschafft und ihre Integration und die Eingliederung in den Arbeitsmarkt ermöglicht. Das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetzes muss abgeschafft werden.

Deutschland sollte außerdem den Status der Illegalität von Flüchtlingen aufheben und sich auch innerhalb der Europäischen Union dafür einsetzen, dass dort lebende Flüchtlinge einen legalen Status erhalten.

### **Unterstützung für die Menschenrechtsverteidiger/innen in Kolumbien**

Seit einem halben Jahrhundert leiden die Menschen in Kolumbien unter einem Bürgerkrieg und der massiven Verletzung ihrer Menschenrechte. Sie werden bedroht durch Armee, rechtsgerichtete paramilitärische Verbände und Guerilla. Vier Millionen Binnenvertriebene haben in den Konflikten ihre Heimat verloren. Im Kampf gegen die Guerilla-Gruppen sucht die kolumbianische Regierung die militärische Entscheidung. Das Eintreten für politische Verhandlungen und einen Friedensprozess wird unter Terrorismus-Verdacht gestellt und nicht selten juristisch verfolgt. Dazu kommt die Bedrohung durch die rechten paramilitärischen Gruppen, die insbesondere Gewerkschafter/innen, Friedensaktivist/innen und kritische Journalist/innen ins Visier nehmen. Kolumbien gehört zu den Ländern, in denen die meisten politischen Morde zu verzeichnen sind. Der größte Teil davon geht auf das Konto der paramilitärischen Verbände. Ihr Treiben bleibt weitgehend straflos, da sie eng mit der Regierung und mit der parlamentarischen Mehrheit vernetzt sind. Auch Angehörige der regulären Streitkräfte haben über Tausend Zivilist/innen getötet und diese als gefallene Guerilla-Kämpfer/innen ausgegeben, nicht zuletzt auch, um ihre Karrieren zu befördern. Trotz dieser Umstände sieht die Bundesregierung in der kolumbianischen Regierung ihren Hauptverbündeten in Lateinamerika gegen das Erstarken linker Bewegungen und Parteien in der Region.

Die Fraktion DIE LINKE kritisiert die Kolumbien-Politik der Bundesregierung und hat den Schutz der Menschenrechtsverteidiger/innen und der Friedensaktivist/innen in Kolumbien durch mehrere Reisen und Interventionen zu einem Schwerpunkt ihrer Politik gemacht.

Diese Aktivitäten spiegeln unsere parlamentarische Arbeit wieder: Auf dem Kolumbien-Hearing der Fraktion im Bundestag (Juni 2006) tauschten sich über 100 Aktivistinnen und Aktivisten der deutschen Solidaritätsbewegung aus. In einem Antrag an den Bundestag (BT-Drs. 16/5678) forderte DIE LINKE die Bundesregierung auf, für die Verbesserung der Menschenrechtssituation und die Entmilitarisierung der Konflikte in Kolumbien einzutreten und einen von der Zivilgesellschaft gestützten Friedensprozess zu befördern.

Weitere parlamentarische Initiativen der Fraktion zum Thema Kolumbien siehe Kapitel 10

## 5. Abrüstung weltweit umsetzen – hier anfangen!

Im „Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“, das die schwarz-rote Koalition im Oktober 2006 herausgab, schuf die damalige Bundesregierung eine Neubestimmung des Sicherheits- und Verteidigungsbegriffes. Fortan sollte die Sicherheit des Landes nicht auf die Sicherheit vor einem militärischen Angriff beschränkt sein. Vielmehr wurden wirtschaftliche, soziale, ökologische und menschenrechtliche Aspekte zu Bestandteilen des neuen, sogenannten erweiterten Sicherheitsbegriffs erklärt. Darin wurde der Auftrag der Bundeswehr umdefiniert, die Verteidigungsarmee zur globalen Ordnungsmacht und zum Aufbauhelfer in Krisengebieten erklärt sowie zum zentralen (militärischen) Element der Krisenreaktion und des „Kriegs gegen den Terror“ gemacht. Zivilen und ökonomischen Maßnahmen zur Krisenbearbeitung wurde dagegen eine untergeordnete Rolle zugewiesen.

Praktisch hat dies zu einer militärischen Aufrüstung geführt, denn Deutschland will sowohl in der EU als auch in der NATO ganz vorne mitspielen, sei es bei der Rüstungsmodernisierung oder bei den zunehmenden militärischen Interventionen im Ausland. Trotz zahlreicher internationaler Vereinbarungen, mit denen sich die Bundesregierungen zur weitreichenden Abrüstung verpflichtet hat, ist Deutschland heute weit von einer friedensorientierten, nicht militärischen Außenpolitik entfernt. Der Widerspruch zwischen den eingegangenen Abrüstungsverpflichtungen einerseits und der faktischen Aufrüstung andererseits könnte kaum größer sein: Die Bundesregierung hatte allein im Jahr 2008 einen Rüstungsetat in Höhe von 29,4 Mrd. Euro und rangiert damit weltweit auf einem Spitzenplatz.

Aufrüstung und Rüstungsmodernisierung sind Ausdruck einer Militarisierung in den internationalen Beziehungen und stellen darüber hinaus eine beispiellose Verschwendung volkswirtschaftlicher, wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Ressourcen dar, die dringend beendet werden muss. Eine friedensorientierte Außenpolitik beinhaltet die Verpflichtung der Staaten zu weitreichender Abrüstung, zum Verzicht auf die Entwicklung und Produktion von Angriffswaffen und zur Einstellung von Rüstungsexporten. Weder soll Deutschland in den Besitz von Atomwaffen gelangen, noch ihre Stationierung auf deutschem Territorium weiter dulden. Eine antimilitaristische Außenpolitik findet dann einen glaubwürdigen Ausdruck, wenn eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit hergestellt und militärische Kapazitäten auf die Landesverteidigung reduziert werden.

Effektive Rüstungskontrolle und konsequente Abrüstung sind daher notwendige Voraussetzung für eine Außenpolitik des Friedens. Internationale Abkommen zur Abrüstung wie beispielsweise der Atomwaffensperrvertrag (Nuklearer Nichtver-

breitungsvertrag, NVV) und der Vertrag über konventionelle Rüstung in Europa (KSE-Vertrag) müssen konsequent verwirklicht und weiterentwickelt werden.

## **Umfassende Abrüstung konventioneller Streitkräfte**

Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag), dessen Ziel eine Reduzierung der Waffenarsenale und der Streitkräfte ist, ist fast zum Stillstand gekommen. Um ihn wiederzubeleben, muss Deutschland den KSE-Anpassungsvertrag von 1999 umgehend ratifizieren und sich dafür einsetzen, dass alle anderen NATO-Staaten dies ebenso tun. Darüber hinaus müssen Initiativen für einen neuen Vertrag über konventionelle Abrüstung in Europa („KSE III“) entwickelt werden, der neue, niedrigere Höchstgrenzen für Waffensysteme und Soldaten und ihre schnelle und drastische Reduzierung festlegt. Die uneingeschränkte Ächtung von Streumunition und ein Verbot von Kleinwaffenexporten bis hin zu einer vollständigen Einstellung jeglicher Waffenproduktion sind weitere Ziele der LINKEN.

## **Rüstungsexporte und -produktion einstellen**

Die deutsche Rüstungspolitik trägt erheblich zur weltweiten Aufrüstungsdynamik bei. Deutschland rangiert derzeit (2008) nach den USA und Russland auf Platz 3 der Waffenexporteure. Dabei leisten deutsche Rüstungsexporte einen blutigen Beitrag in zahlreichen Konflikten, denn wichtige Abnehmer wie die Türkei, Indien, Pakistan, Israel und Südkorea liegen in Spannungsgebieten, in denen interne wie zwischenstaatliche Konflikte schwelen oder offen ausgetragen werden. Damit verstößt die Bundesregierung gegen die von ihr selbst formulierten „Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“. DIE LINKE will einen Ausstieg aus dieser Rüstungspolitik und fordert die Bundesregierung seit langem dazu auf, keine Staatsbürgerschaften für Rüstungsexportgeschäfte zu gewähren, Rüstungsexporte ebenso wie die Überlassung von Waffen aus den Beständen der Bundeswehr an andere Streitkräfte vollständig einzustellen und die deutsche Rüstungsindustrie in andere, zivile Industriebereiche zu überführen. Stattdessen sollen Konversionsprogramme entwickelt werden, in denen die vorhandene technologische Kompetenz und Innovationskraft zur Lösung z. B. der ökologischen Herausforderungen eingesetzt wird.

## **DIE LINKE setzt sich auch vor Ort für Abrüstung ein**

Der stetig steigende Verteidigungshaushalt reduziert den staatlichen Handlungsspielraum für dringend notwendige Investitionen in anderen Bereichen. DIE LINKE hat die Bundesregierung beharrlich aufgefordert, ihren Abrüstungsverpflichtungen endlich nachzukommen und die Verteidigungsausgaben zu reduzieren, anstatt die Bundeswehr für Auslandseinsätze aufzurüsten. DIE LINKE hat als einzige Fraktion einen Antrag mit konkreten Einsparmöglichkeiten in Höhe von mehr als vier Milliarden Euro in die Haushaltsberatungen eingebracht. Die Kürzung des Verteidigungsetats um 11 % wäre ein deutliches Abrüstungspolitisches Signal gewesen.

Rüstungspolitische Entscheidungen der Bundesregierung, der EU oder der NATO sind nicht abstrakt. Neben den bedenklichen Konsequenzen für die Glaubwürdigkeit globaler Rüstungskontrolle hat die Aufrüstungsdynamik auch konkrete Auswirkungen auf die Menschen in Deutschland. So stellt die Lagerung von etwa zwanzig Atomwaffen in Büchel eine permanente Bedrohung für die Bevölkerung dar. Der geplante Luft-Boden-Schießplatz (Bombedrom) in der Kyritz-Ruppiner Heide würde der strukturschwachen Region massive Umweltbelastungen bringen und den Tourismus, eine der wesentlichen Beschäftigungsquellen in der Region, zum Erliegen bringen. Gleiches gilt im Hinblick auf den Fluglärm um den NATO-Stützpunkt Geilenkirchen und den US-Stützpunkt in Ramstein. In all diesen Fällen engagierte sich DIE LINKE auch vor Ort für die Belange der Bevölkerung.

An Militärstandorten werden die zukünftigen Interventionen vorbereitet, die Rüstungsindustrie verdient diskret an der Aufrüstung und Kriegführung in anderen Weltregionen. DIE LINKE geht gemeinsam mit den friedenspolitischen Initiativen gegen die gewollte Intransparenz von Regierung und Rüstungsindustrie vor und hat mit einem Rüstungsatlas über die Militärstandorte und die Rüstungsunternehmen in Nordrhein-Westfalen einen ersten Überblick darüber geben, welche Aktivitäten dort verfolgt werden. Die verschiedenen Landesgruppen der Fraktion haben in Zusammenarbeit mit Hochschulverbänden die verdeckte Rüstungsforschung an deutschen Universitäten offen gelegt. Die Aufklärungsarbeit durch DIE LINKE zeigt, welche Ausmaße der deutsche Rüstungsexport tatsächlich hat und wie wenig die Öffentlichkeit darüber informiert wird. Die Anträge zum Stopp von staatlichen Bürgschaften für Rüstungsexporte oder zum Verbot der Weitergabe von Bundeswehrwaffen an andere Staaten wurden leider von den anderen Parteien abgelehnt.

Trotzdem: Abrüstung ist möglich und nur eine glaubwürdige und wirkungsvolle Rüstungskontrolle eröffnet Chancen für eine friedliche und sichere Welt. In den Grundsatzdebatten um die Jahresabrüstungsberichte der Bundesregie-

rung – zuletzt am 30.01.2009 – hat die Fraktion DIE LINKE wiederholt ihre Kernforderungen an die Bundesregierung deutlich gemacht:

- Sofortiger Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und Beendigung der nuklearen Teilhabe in der NATO
- Ächtung von Atomwaffen, Ächtung von Streumunition und Moratorium für DU-Munition
- Drastische Reduzierung des Verteidigungshaushalts
- Keine Unterstützung für Rüstungsexporte
- Keine militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide (Bombodrom)
- Sofortige Ratifizierung des KSE-Anpassungsvertrags und Initiativen für einen neuen Vertrag über konventionelle Abrüstung (KSE III)
- Gegen die Stationierung von Raketenabwehrsystemen

Für diese Abrüstungspolitischen Ziele wird sich DIE LINKE auch in der nächsten Legislaturperiode vorbehaltlos einsetzen. Unsere Parlamentarischen Initiativen siehe Kapitel 10.

## **Keine Raketenabwehrsysteme zulassen**

Die US-amerikanischen Pläne zur Aufstellung eines neuen Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien müssen zurückgewiesen werden. Das geplante Raketenabwehrsystem schafft ein Klima, in dem weitere Aufrüstung unabdingbar erscheint. Der russischen Regierung liefert die Planung eines solchen Abwehrsystems Argumente für die Aufrüstung und Modernisierung der eigenen Atomwaffen und Trägersysteme. Zudem haben diese Pläne der USA mühsam abgebaute Spannungen wieder aufleben lassen und dazu geführt, dass die russische Regierung sich aus dem KSE-Vertrag zurückgezogen hat und ihre Rückkehr an die Aufgabe der Pläne knüpft. Für DIE LINKE geht es darum, kooperative regionale Sicherheitskonzepte zu entwickeln, anstatt mit immer weiterer Aufrüstung neue Konfliktfelder zu schaffen. Auch ein US-amerikanisches Raketenabwehrsystem in Absprache und Kooperation mit der russischen Regierung, wie jüngst von Präsident Obama in Aussicht gestellt, lehnt DIE LINKE ab. Nur die vollständige Aufgabe der Raketenabwehrsysteme durchbricht die Aufrüstungslogik, und die konkreten Gefährdungen für die Bevölkerungen können eingedämmt werden.



## **Atomwaffen abschaffen**

Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen (NVV-Vertrag) wird kaum noch als verbindlich betrachtet. Die Atomwaffenstaaten, allen voran die USA, Frankreich und Großbritannien, aber auch Russland modernisieren ihre Atomwaffenarsenale und halten entgegen dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs von 1996 an der Legitimität des Einsatzes von Atomwaffen fest. Die Bundesregierung unterstützt dies, indem sie weiterhin die Lagerung US-amerikanischer Atomwaffen in Deutschland duldet und an der nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO festhält. DIE LINKE tritt für eine radikale Atomwaffen-Abrüstung ein. Jede Form der atomaren Teilhabe Deutschlands muss ausgeschlossen werden. Dazu gehört auch, keine Flugzeuge und Piloten der Bundeswehr für Einsätze mit Atomwaffen bereitzustellen sowie die entsprechende Vorbereitung auf solche Einsätze zu beenden. Alle Atomwaffen müssen von deutschem Boden abgezogen werden.

Ziel muss die vollständige Abrüstung der Nuklearwaffenarsenale aller Atomstaaten sein, so dass aus der Vision einer „Welt ohne Atomwaffen“, wie sie nach Henry Kissinger und Co. auch Präsident Obama kurz nach seiner Amtseinführung gefordert hat, Wirklichkeit werden kann. Solange Staaten im Nahen Osten über Atomwaffen verfügen, ist eine nachhaltige, friedliche Lösung des seit Jahrzehnten andauernden Nahostkonfliktes unwahrscheinlich. Pakistan und Indien, die sich als Atomstaaten gegenseitig seit Jahren bedrohen und immer weiter aufrüsten, müssen zunächst dem Atomwaffensperrvertrag (NVV) beitreten. Dieser erlaubt die friedliche Nutzung der Atomenergie ausdrücklich und gilt für alle Staaten gleichermaßen. Das heißt: Auch Iran kann die friedliche Nutzung der Atomenergie nicht verwehrt werden, wenngleich die Fähigkeit zur militärischen Nutzung mit allen diplomatischen – nicht jedoch militärischen Mitteln – verhindert werden muss. Langfristig muss der Atomwaffensperrvertrag durch ein internationales Abkommen zum vollständigen Verzicht auf die Nutzung von Atomenergie ersetzt werden, da nicht nur die Atomwaffentechnologie, sondern die Atomenergie selbst eine Bedrohung von Mensch und Natur und, wie Tschernobyl gezeigt hat, eine potentielle Massenvernichtungswaffe darstellt. Eine glaubwürdige Abrüstungspolitik beinhaltet natürlich auch die konsequente Umsetzung des Abkommens zur Ächtung von nuklearen Mittelstreckenwaffen („Null-Lösung“).

## **Europa abrüsten**

Die europäische Verteidigungsagentur muss abgeschafft und die EU auf eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit beschränkt werden. Die Abrüstungsaktivitäten der EU-Mitgliedstaaten müssen beschleunigt, die EU Battle Groups abgeschafft und europäische Militärmissionen eingestellt werden. Durch eine konsequente Abrüstungspolitik auch auf EU-Ebene können die Mittel freigesetzt werden, die weltweit für eine nachhaltige Entwicklungs-, Klima- und Energiepolitik benötigt werden.

Ziel der LINKEN ist es, eine friedenspolitische Wende in Europa und weltweit durchzusetzen. Wir setzen uns im Rahmen der parlamentarischen Arbeit und in Kooperation mit den Friedensinitiativen dafür ein, dass Deutschland abrüstungspolitisch eine Vorbildfunktion einnimmt. Die Bundesregierung soll ein dringend gebotenes Signal für diese Wende setzen, in dem sie tatsächlich Rüstungskontrolle praktiziert, abrüstet und aus Aufrüstung fördernden Instrumenten militärischer Macht wie der NATO Response Force und den EU Battle Groups aussteigt.

Rüstungskontrolle und Abrüstungspolitik müssen innerhalb der internationalen Gemeinschaft als vorrangiges Ziel verfolgt werden. DIE LINKE erinnert die Bundesregierung kontinuierlich daran, dass eine konsequente Abrüstungspolitik unverzichtbar ist und fordert sie auf, endlich entsprechend zu agieren.

### **Frieden schaffen heißt Entmilitarisierung**

Die LINKE lehnt die Militarisierung der Außenpolitik und ihre Einordnung in die neue Sicherheitsdoktrin ab. Weder darf die Verteidigung des Territoriums auf die ganze Welt ausgedehnt, also z. B. an den Hindukusch verlegt werden, noch darf sie für die Verteidigung bzw. Sicherung von Interessen, z. B. der Rohstoffsicherung, umgedeutet werden. Durch die Vermischung von zivilen (außenpolitischen) und militärischen (verteidigungspolitischen) Maßnahmen wird die Abgrenzung zwischen Außen- und Verteidigungspolitik immer verschwommener. Außenpolitik wird zur Politik mit Mitteln der Gewalt und dient als Begründung für eine aggressive Rüstungspolitik. Aus dieser Logik auszubrechen und ihr eine offensive Abrüstungspolitik entgegenzusetzen, hat sich DIE LINKE zum Ziel für eine friensorientierte Außenpolitik gemacht.

## 6. Klimawandel und Kriege um Öl verhindern

Das Thema Energieversorgung wird mehr und mehr Gegenstand der internationalen Politik. Mit dieser wachsenden Bedeutung der Energiefrage in den internationalen Beziehungen geht die Militarisierung der Energiepolitik einher, die schon unter Rot-Grün eingesetzt und in den Verteidigungspolitischen Richtlinien 2003 erstmals festgeschrieben wurde. Deutschland schließt seitdem militärische Optionen zur Sicherung der Energieversorgung nicht aus. Das 2006 veröffentlichte „Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ bestätigt diese Haltung. Die CDU/CSU-Fraktion schreibt in ihrer „Sicherheitsstrategie für Deutschland“ vom Mai 2008 ganz offen: „Die Herstellung von Energiesicherheit und Rohstoffversorgung kann auch den Einsatz militärischer Mittel notwendig machen.“ Die EU fordert den Ausbau militärischer Kapazitäten innerhalb der Union als Reaktion auf die neuen Sicherheitsrisiken. Durch die Konzeptionen der EU und der NATO ist Deutschland in strategische Planungen für militärische Einsätze zur Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen oder ihrer Transportrouten eingebunden. Auf diese Weise ist die Abhängigkeit der Energieversorgung der Industrieländer vom Import nicht erneuerbarer Energien mit einer permanenten Kriegsgefahr verbunden. So führen die USA nicht nur Angriffskriege im ölreichen Nahen und Mittleren Osten, sondern bauen auch aus rohstoffstrategischen Gründen ihre militärische Präsenz in Westafrika aus (AFRICOM). Spätestens am Golfkrieg 1990 lässt sich der Zusammenhang zwischen dem Streben nach Sicherung von Energieressourcen und Kriegen ablesen.

### **Klimawandel als Konfliktursache**

Der Klimawandel wird ohne ein entschiedenes Gegensteuern bereits in den kommenden Jahrzehnten die Anpassungsfähigkeit vieler Gesellschaften überfordern. Daraus könnten Gewalt und Destabilisierung entstehen, die die nationale und internationale Sicherheit in einem bisher unbekanntem Ausmaß bedrohen. Laut eines Ende Mai 2007 vom WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) erstellten Gutachtens sind insbesondere drei relevante Wirkungen des Klimawandels zu unterscheiden, die die Stabilität vieler Regionen gefährden können:

1. Bestehende „Umweltkrisen“ wie Dürren, Wasserknappheit und Bodendegradation werden verschärft, Landnutzungskonflikte verstärkt und zusätzliche Migrationsbewegungen ausgelöst. Dies kann nicht nur zu einer Gefährdung der Existenzgrundlage vieler Menschen, sondern auch zu einer Überforderung des institutionellen Gefüges in schwachen und fragilen Staaten führen und dadurch

die Wahrscheinlichkeit von Gewaltkonflikten erhöhen. Ein aktuelles Beispiel für diese Arten von Konflikten ist der Süd-Sudan.

2. Neue Konfliktkonstellationen entstehen: Der steigende Meeresspiegel sowie Sturm- und Flutkatastrophen können zukünftig die Städte, Industrieregionen, Tourismusgebiete und landwirtschaftliche Nutzflächen an den Küsten Chinas, Indiens oder der USA bedrohen. Das Abschmelzen der Gletscher würde die Wasserversorgung in den Anden- und Himalaya-Regionen gefährden. Die Knappheit von Wasser verstärkt die Armut und führt zu Verteilungskonflikten, die in kriegerische Auseinandersetzungen münden können.

3. Bei ungebremstem Klimawandel sind sogar dramatische Änderungen im Erdsystem denkbar, wie das Austrocknen des Amazonasregenwalds oder das Ausbleiben des asiatischen Monsuns, was unkalkulierbare Auswirkungen auf die betroffenen Gesellschaften hätte. Die Folgen dieser Veränderungen könnten die oben genannten Effekte verstärken.

## **Öl, Klima und Krieg – DIE LINKE fordert globale Energiewende**

Die LINKE ist die einzige Partei in Deutschland, die Umweltprobleme, Energiesicherung, Marktmechanismen und Krieg kritisch miteinander in Verbindung bringt. Denn die Förderung einer globalen Energiewende durch eine regenerative Ressourcenstrategie könnte ein wichtiges Instrument für eine solidarische globale Strukturpolitik sein. Deswegen fordert DIE LINKE, dass die regionalen und internationalen Vergabeinstitutionen ihre Kredite für dezentrale erneuerbare Energien und Energieeffizienzprogramme bereitstellen. Stattdessen hat die Weltbank gerade in den beiden letzten Jahren ihre Investitionen in fossile Energieprojekte enorm gesteigert.

Energiepartnerschaften in Lateinamerika zeigen, dass internationale Energiepolitik auch solidarisch gestaltet und mit einer länderübergreifenden Sozialpolitik verbunden werden kann. Die ecuadorianische Regierung sucht derzeit Unterstützung für ihre innovative Initiative, auf eine Erschließung von Öllagerstätten in Regenwaldregionen zu verzichten, wenn die internationale Gemeinschaft – insbesondere die Industrieländer – das Land über einen bei der UNO angesiedelten Treuhandfonds dafür teilweise entschädigt.

Nur durch eine radikale Energiewende, die im Einklang mit hohen ökologischen und sozialen Standards erfolgt, kann der Klimawandel und die mit ihm zusammenhängende Zerstörung der Lebensgrundlagen vieler Menschen – besonders im Süden – sowie die Gefahr neuer Kriege aufgehalten werden.

Der so genannten Biosprit-Produktion allerdings steht DIE LINKE kritisch gegenüber. Die ehrgeizigen Ziele zur Erhöhung des Biosprit-Anteils für den westlichen

Tank haben einen Importdruck ausgelöst, der wiederum großflächige Monokulturen in den tropischen Ländern befördert hat. Regenwaldabholzung und Vertreibung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern von ihrem Land sind die Folgen. Abgesehen davon, dass „Biosprit“ wenig mit Bio zu tun hat, sondern massive Umweltschäden verursacht, haben zigtausende Menschen ihre Existenzgrundlage verloren und ist die autarke Lebensmittelproduktion vielerorts drastisch reduziert worden. DIE LINKE fordert deshalb ein Importverbot für Agroenergien, die unter solchen Bedingungen produziert werden.

## **7. Armut und Ungleichheit bekämpfen – für eine gerechte Außenwirtschaftspolitik**

Der globalisierte Kapitalismus hat den Gegensatz zwischen den reichen (Industrie) Staaten des Westens und den armen Ländern des Südens verschärft. Ursächlich für diese Entwicklung ist eine neoliberale Handels- und Wirtschaftspolitik, die Liberalisierung und Privatisierung weltweit durchsetzt, um die Profite der europäischen und US-amerikanischen Konzerne zu maximieren und ihnen neue Investitionsfelder zu eröffnen. Die unermüdliche Suche nach neuen Märkten und Rohstoffen hat außerdem zu Kämpfen um die immer knapperen Ressourcen geführt.

### **Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer**

Die Menschen im Süden sind die größten Verlierer dieser Entwicklung, die geradewegs in die aktuelle Weltwirtschaftskrise geführt hat. Sie haben bereits in den vergangenen Jahrzehnten unter der Entfesselung der Marktkräfte gelitten. Der Klimawandel vernichtet schon heute Lebensgrundlagen für Millionen Menschen im Süden. In den letzten 30 Jahren mussten die Produzenten im Süden zusehen, wie ihre lokalen und regionalen Wirtschaftskreisläufe im Zuge der vom Norden durchgesetzten Handelsliberalisierung zusammenbrachen. Eine Milliarde Menschen hungern, weil die Struktur des Welthandels sie in eine tödliche Abhängigkeit getrieben hat. Agrarkonzerne kontrollieren, wer wann was zu welchem Preis zu essen bekommt. Die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen, die insbesondere vorsehen, bis 2015 Armut, Hunger, Nahrungs- und Trinkwassermangel, Seuchen und Krankheiten wie Aids/HIV, Malaria, Tuberkulose sowie die Mütter- und Säuglingssterblichkeit, Unterentwicklung und Analphabetismus drastisch zu reduzieren, sind in weite Ferne gerückt. Nicht weil die Ziele zu hoch gesteckt sind, sondern weil sie durch die Auswirkungen des Neoliberalismus konterkariert werden. Aus diesem Grund wird auch die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise gerade in den armen Ländern die verheerendsten Folgen haben.

Die Hungerrevolten im Frühjahr 2008 in Haiti und einigen afrikanischen Ländern haben uns die Dringlichkeit einer neuen Weltwirtschaftsordnung vor Augen geführt. Die derzeitige weltweite Nahrungsmittelkrise ist maßgeblich auf die erzwungene Marktöffnung in den Ländern des Südens für Agrarprodukte aus den Industrienationen, auch aus Deutschland, zurückzuführen. Mit dieser Marktöffnung ist auch die Verbreitung von gentechnisch manipuliertem Saatgut und Nahrungsmitteln verbunden, gegen die sich viele Länder des Südens nicht wehren können, da sie ansonsten Sanktionen von Weltbank und IWF zu erwarten haben. Gleichzeitig werden Nahrungsmittel als Spekulationsobjekte auf den internationalen Börsen gehandelt. Die Verdopplung der Weizenpreise innerhalb nur eines Jahres von 2007 auf 2008 ist zu einem erheblichen Teil das Ergebnis von Spekulation.

## **Widerstand gegen neoliberale Handels- und Wirtschaftspolitik**

Mit der von der Bundesregierung maßgeblich vorangetriebenen Außenhandelsstrategie „Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt“ zielt die Europäische Union darauf, europäischen Unternehmen weltweiten Marktzugang zu eröffnen und ihre Weltmarkt- und Profitanteile zu mehren. Statt auf faire Handels- und Entwicklungspartnerschaften und auf multilaterale Übereinkünfte setzt die EU auf bilaterale und regionale Freihandelsabkommen, zum Beispiel die so genannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA). Die Verhandlungen der EU mit anderen Staatengruppen des Südens über die WPAs zielen darauf ab, europäischen Konzernen den Zugang in die Dienstleistungs- und öffentlichen Beschaffungsmärkte zu verschaffen. Dabei übt die EU großen politischen und wirtschaftlichen Druck aus. Zwar bekennen sich EU-Mitgliedstaaten und -Institutionen öffentlichkeitswirksam zu den Millenniums-Entwicklungszielen, ihre aggressive Außenwirtschaftspolitik läuft diesen Zielen jedoch entgegen.

Weltweit kämpfen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer heute für höhere Löhne, um sich und ihre Familien ernähren zu können. Auch in den reichen Staaten wächst die Kluft zwischen Arm und Reich. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Solidarität zwischen den Menschen im reichen Westen und denen in den Ländern des armen Südens entwickelt und gestärkt wird.

DIE LINKE unterstützt auch die AKP-Regierungen und die sozialen Bewegungen in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, die sich gegen die neoliberalen Handelsdiktate der EU zur Wehr setzen (siehe Kasten). DIE LINKE lehnt die Freihandelspolitik der Europäischen Union ab. Wir setzen uns ein für eine Handelspolitik, die sich in erster Linie am Bedarf und nicht am Wettbewerb orientiert und die den Entwicklungsbelangen der wirtschaftlich schwächeren Partner Rechnung trägt.

### **Stopp der WPA-Verhandlungen**

DIE LINKE fordert deshalb den Stopp der WPA-Verhandlungen unter dem neoliberalen Verhandlungsmandat und die Neuorientierung der Verhandlungsziele auf solidarische, entwicklungspolitisch orientierte Handelsabkommen. Das heißt für uns: kein Druck auf die Entwicklungsländer, um die zusätzliche Absenkung von Importzöllen zu erzwingen, und Streichung der sogenannten Singapur-Themen (Investitionsschutz, Wettbewerbsrecht, öffentliches Beschaffungswesen) von der Verhandlungsagenda. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen müssen die Unterschiede des Entwicklungsniveaus zwischen den Partnern berücksichtigen und sich an sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit orientieren. Soziale Organisationen in den betroffenen Ländern müssen an den Verhandlungen von Abkommen beteiligt, die Parlamente aktiv einbezogen werden.

Aus Armut erwächst Verelendung, Destabilisierung, der Zerfall von Staaten, ein Anwachsen von Gewalt (privater wie staatlicher) und immer größere Fluchtbewegungen. Diese werden zunehmend auch Auswirkungen auf die Stabilität in den Industriestaaten haben. Eine solidarische Außenwirtschaftspolitik anstelle immer größerer Profitmaximierung ist das effektivste Instrument zur Armutsbekämpfung. Es liegt in der Verantwortung der Industriestaaten, mit einer veränderten Wirtschaftspolitik und internationalen Vereinbarungen der weiteren Verarmung entgegenzuwirken. Dafür tritt DIE LINKE ein.

## **Spekulation mit Nahrungsmittel unterbinden**

Internationale Abkommen müssen dafür sorgen, dass Grundnahrungsmittel von den Spekulationsmärkten geschützt werden. Indien hat die Börsen-Spekulation mit Grundnahrungsmitteln wie Weizen, Reis und Kartoffeln bereits verboten. DIE LINKE fordert von der Bundesregierung, solche Verbote gesetzlich zu verankern und Instrumente für die Kontrolle der Einhaltung zu entwickeln. Multinationale Konzerne müssen stärkerer Regulierung und Kontrolle unterworfen werden. Sie müssen vom Kauf großer Agrarflächen abgehalten werden. Hierzu bedarf es kooperativer Lösungen mit den Regierungen des Südens, die die gewohnheitsrechtliche Landverteilung berücksichtigen und Enteignungen zugunsten von Landverkauf verhindern.

Die multinationalen Konzerne müssen verpflichtet werden, die arbeitsrechtlichen Standards, die in der IAO (Internationale Arbeitsorganisation) festgelegt sind, einzuhalten. Damit würde auch der Konkurrenzkampf der Staaten um möglichst profitträchtige Produktionsstandorte ein Ende finden.

## **Gegen die neoliberale Handelspolitik der EU – für wirtschaftliche und soziale Perspektiven für die Menschen in Afrika**

Dass die Staaten der Afrikanischen Union (AU) sich zunehmend der Marktöffnungspolitik der EU entgegenstellen, ist ein Erfolg der sozialen Bewegungen und Organisationen der Zivilgesellschaft in Afrika. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag und die Linksfraktion im Europäischen Parlament haben diese Gruppierungen in ihrem Anliegen unterstützt – zum Beispiel durch die Teilnahme von Abgeordneten am Anti-WPA-Marsch am Rande des Weltsozialforums in Nairobi Anfang 2007 und durch das Afrika-Hearing im Rahmen der G8-Proteste (Juni 2007), zu dem wir Aktivist/innen aus Kenia, Uganda und Nigeria eingeladen hatten. DIE LINKE war auch die erste Fraktion, die den Widerstand gegen die WPAs in den Bundestag getragen hat, und die einzige, die von Beginn an eine klare Position hatte: Stopp der Verhandlungen unter dem neoliberalen Verhandlungsmandat und Neuorientierung der Verhandlungsziele auf solidarische, der Entwicklungspolitik dienende Handelsabkommen



(BT-Drs. 16/3193; BT-Drs. 16/7473). Es wurden teilweise Verbesserungen wie längere Übergangsfristen und Ausnahmen von der Liberalisierung möglich. Der Abschluss von vollständigen WPAs, die die Liberalisierung auf den Dienstleistungsbereich und das öffentliche Beschaffungswesen ausgeweitet hätten, konnte vorerst verhindert werden, lediglich Interim-Abkommen über die Liberalisierung des Güterhandels wurden abgeschlossen. Aber: Die Verhandlungen gehen weiter und die EU wird ihren politischen und wirtschaftlichen Druck aufrechterhalten. DIE LINKE ist darauf eingestellt, diese Verhandlungen gemeinsam mit ihren Partnerinnen und Partnern in Afrika kritisch und widerständig zu begleiten.

DIE LINKE hat im Bundestag eine völlige Neuausrichtung der Afrika-Politik gefordert, die die Zusammenarbeit nicht mit Deregulierungs- und Privatisierungsprojekten verknüpft, sondern die öffentliche Hand bei der Bereitstellung wichtiger Dienste unterstützt und dabei die Rechte der Arbeitnehmer/innen schützt und ausbaut. Eine linke Afrika-Politik beinhaltet den Ausstieg aus dem konfliktträchtigen Wettlauf um die Ressourcen Afrikas und treibt stattdessen in Europa und Afrika gleichermaßen die Energiewende voran. Sie verbindet schließlich eine humane Flüchtlings- und Migrationspolitik mit einer Handels- und Entwicklungspolitik, die Fluchtursachen wirksam bekämpft (BT-Drs. 16/4410). In einer weiteren Initiative kritisierte die Fraktion DIE LINKE die Praxis der Europäischen Union, die Unterstützung von Militäreinsätzen in Afrika aus dem Europäischen Entwicklungsfonds zu finanzieren. Die Zweckentfremdung von Entwicklungsgeldern für militärische Zwecke ist skandalös und muss beendet werden. Stattdessen fordert DIE LINKE von Bundesregierung und EU, den Aufbau eines Afrikanischen Zivilen Friedensdienstes zu unterstützen und insgesamt ihre zivilen und präventiven Konfliktbearbeitungsinstrumente auszubauen (BT-Drs. 16/4490).

Weiterlesen: Broschüren der Fraktion DIE LINKE: „Mit Sicherheit keine Entwicklung – die Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit“: <http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7783260956.pdf>; Afrika und DIE LINKE. Entwicklungspolitische Perspektiven europäisch-deutscher Afrikapolitik“: <http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7716923487.pdf>.

## 8. Entwicklungspolitik neu ausrichten

Eine Milliarde Menschen müssen hungern, davon über 200 Millionen in Afrika. Dieser Skandal stellt nicht nur die Handelspolitik, sondern auch die bisherigen Entwicklungskonzepte in Frage.

### **Tödliches Versagen: neoliberale Entwicklungskonzepte**

Die westlichen Geberstaaten und Institutionen, v. a. der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank tragen ein erhebliches Maß an Verantwortung für die katastrophale Ernährungslage in den Entwicklungsländern. Jahrzehntelang folgten sie neoliberalen Paradigmen: Sie setzten die Vergabe von Krediten und ihre Entwicklungshilfe nicht selten als Druckmittel ein, um eine Öffnung der Märkte des Südens zu erzwingen. Unter den Fluten preiswerter Importe aus der EU und den USA brach die lokale Produktion in vielen Bereichen zusammen. Die Folge: Die Ernährung der Ärmsten hängt vom Weltmarkt oder der Versorgung über Nothilfeprogramme ab. Die Förderung der ländlichen Räume wurde seit Beginn der 1980er Jahre auf ein Viertel reduziert. Zugleich wurde eine exportorientierte, teilweise industrielle Landwirtschaft gefördert. Die Folge: In ein und demselben Land kann eine Hungersnot herrschen, während mit Unterstützung von – auch deutscher – Entwicklungshilfe Blumen oder spezialisierte Gemüse für den europäischen Markt produziert werden (Beispiel Kenia 2007).

Im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen wurden die Regierungen im Süden gedrängt, Sozialausgaben zu kürzen und Staatsbetriebe zu kommerzialisieren und zu privatisieren, darunter auch wichtige Versorgungsbetriebe wie Strom-, Wasser- oder Kommunikationsversorger. Die Folge: Viele Dienstleistungen wurden für die armen Bevölkerungsteile, gerade auf dem Land, unerschwinglich. Ein Beispiel: Auf Druck des IWF wurde in Niger, dem zweitärmsten Land der Welt, das nationale Veterinäramt privatisiert. Heute leben Tausende in den Bankrott getriebene ehemalige Viehzüchterfamilien in Slums, weil sie die Vitamine und die Impfstoffe der multinationalen Tierpharmaziegesellschaften nicht bezahlen konnten.

### **Neokolonialismus:**

#### **Landkauf im Süden durch Investoren aus dem Norden**

Eine neue besorgniserregende Entwicklung ist der massive Aufkauf bzw. der Abschluss langfristiger Pachtverträge über die exklusive Nutzung von fruchtbarem Land in Entwicklungsländern durch staatliche und private Investoren aus dem Norden, aus Nahost oder Ostasien, die dort für ihre Märkte Nahrungsmittel anbauen. So planten der südkoreanische Konzern Daewoo und die Regierung Madagaskars den Abschluss eines Pachtvertrags, der dem Konzern 1,3 Millionen

Hektar Land für 99 Jahre kostenfrei für den Anbau von Getreide und Ölpflanzen für den Export überlassen hätte. Nach politischen Unruhen Anfang 2009 liegt der Plan zwar auf Eis; örtliche NGOs berichten aber, dass vorbereitende Maßnahmen wie z. B. Waldrodungen und Planierungen fortgesetzt werden. Kauf- oder Pachtverträge dieser Art wurden auch in anderen ostafrikanischen Staaten (Äthiopien, Sudan) abgeschlossen. Damit treten unkalkulierbare ökologische Veränderungen ein und es verringert sich weiter die landwirtschaftliche Nutzfläche, die für die Ernährung der Hungernden in den Ländern des Südens benötigt wird,

## **Das Menschenrecht auf Nahrung durchsetzen**

DIE LINKE fordert die Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung weltweit. Deshalb muss Ernährungssouveränität in den Ländern des Südens Vorrang haben. Das heißt in erster Linie: Unterstützung der ländlichen Entwicklung und Schutz der Produzentinnen und Produzenten im Süden vor dem Nahrungsmittel-Dumping, das die Importfluten aus der EU auslösen. Jede Volkswirtschaft muss das Recht haben, ihre Produzentinnen und Produzenten durch Importzölle zu schützen, damit sich die einheimische Industrie und Landwirtschaft entwickeln können. DIE LINKE fordert: Schluss mit den Agrarexportbeihilfen der EU.

DIE LINKE kritisiert die Vernachlässigung der Landwirtschaft durch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit und fordert, die Förderung von Kleinbauern und -bäuerinnen massiv zu verstärken. Dazu gehört der Zugang zu billigen Krediten und angepassten Technologien, der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge, Investitionen in Bildung und Gesundheit.

## **Armut ist weiblich – Frauen stärken**

Frauen als Lebensmittelproduzentinnen spielen im landwirtschaftlichen Sektor eine wesentliche Rolle. Wenn sie ihre Einkommensquelle verlieren, bedeutet das Armut für die ganze Familie. Ohne Frauen gibt es keine soziale und ökologisch nachhaltige Entwicklung, weder in Deutschland noch anderswo. Für DIE LINKE beinhaltet Entwicklungspolitik auch eine aktive Frauenförderungs politik und die Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit.

Die Länder des Südens sollten nicht länger nur Lieferanten billiger Rohstoffe sein, sondern die EU sollte sie dabei unterstützen, verarbeitende Industrien aufzubauen und sie befähigen, am internationalen Handel gleichberechtigt teilzunehmen.

## **Schuldenstreichung jetzt!**

Die Auslandsschulden der 49 ärmsten Länder der Welt betragen Ende 2006 2.100 Milliarden US-Dollar. Aus den Ländern des Südens fließt mehr Kapital ab als sie erhalten. DIE LINKE fordert einen umfangreichen Schuldenerlass, der nicht an wirtschaftsliberale Konditionen gebunden ist. DIE LINKE fordert, dass Schulden, die durch nicht entwicklungsförderliche Kredite entstanden sind, als illegitim anerkannt und gestrichen werden – nach dem Vorbild der norwegischen Initiative von 2006 (BT-Drs. 16/3618). Die Streichung der Schulden für die ärmsten Länder und der Aufbau von Entwicklungsbanken des Südens soll die strukturelle Abhängigkeit des Südens vom Norden und den Konditionen der internationalen Finanzorganisationen reduzieren. DIE LINKE sieht in der Gründung der BancoSur im Jahr 2008 einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung.

## **9. Solidarische Internationale Beziehungen aufbauen – Süd-Süd-Integration unterstützen**

In Folge der Kolonialisierung und als Resultat der abhängigen kapitalistischen Entwicklung gerieten große Teile Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in eine einseitige und äußerst nachhaltige wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von den Metropolen im Norden. Jahrzehnte neoliberaler Handels- und Wirtschaftspolitik haben diese Abhängigkeit noch verstärkt. Damit wurden Bemühungen um eine eigenständigere Position der ehemaligen Kolonien geschwächt. Dabei hatte es dafür unmittelbar nach der Kolonialzeit zunächst hoffnungsvolle Ansätze gegeben: 1955 hatten sich auf der afrikanisch-asiatischen Bandung-Konferenz in Indonesien VertreterInnen von 27 gerade entkolonialisierten Staaten aus Afrika und Asien getroffen, um über die Entwicklung einer neuen afro-asiatischen Süd-Süd-Zusammenarbeit zu diskutieren. Diese Konferenz führte zur Gründung der Bewegung der Blockfreien Staaten, die sich in den 60er und 70er Jahren um ein eigenständiges Gewicht der Länder des Südens in der internationalen Politik bemühte. In der unipolaren Welt nach der Wende von 1989/1990 haben diese Bemühungen einen deutlichen Rückschlag erlitten.

### **Neue Rolle der Schwellenländer**

Im Zuge des Aufstiegs einiger Länder wie China, Indien, Brasilien und Südafrika zu ökonomisch und politisch potenten Akteuren und im Kontext einer Linkswende in einigen Ländern Lateinamerikas eröffnet sich die Möglichkeit für eine neue Gestaltung der internationalen Beziehungen auf der Basis der Gleichberechtigung. Die aufstrebenden Schwellenländer stellen ein Gegengewicht zu den „alten“ Machtblöcken USA und EU dar. Ihre wirtschaftlichen Interessen in Afrika, Asien und Lateinamerika, wo sie mit den USA und der EU in Konkurrenz treten, schaffen Verhandlungsspielräume für die kleineren Staaten, aber auch neue Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse. Länder wie Venezuela, Kuba und Indien treten zunehmend als große Geber von Entwicklungshilfe auf. In diesem Prozess hat sich eine Süd-Süd-Kooperation entwickelt, die nicht an wirtschaftsliberale Konditionen gebunden ist.

Samir Amin, führender afrikanischer Ökonom und Analyst in Senegal, plädiert daran anknüpfend für ein „anderes Globalisierungsmodell, das unter neuen Bedingungen erneut auszuhandeln wäre“, und nennt dafür vier notwendige Bedingungen: 1) „Erstens ist fraglos ein anderes Europa vonnöten, ein Europa, das sich vom Liberalismus und Atlantizismus abkoppelt“; 2) Entwicklung eines anderen Gesellschaftsmodells durch bedeutende sich entwickelnde Länder wie China und Indien; 3) Wiederherstellung der Süd-Süd-Solidarität im Geiste von Bandung;

4) Demokratisierung internationaler Institutionen wie der UN als „politisches Werkzeug der Realisierung eines akzeptablen menschlichen Globalisierungsmodells“. DIE LINKE unterstützt diesen Ansatz.

### **Neue Hoffnung durch neue Süd-Süd-Kooperation – das Beispiel Lateinamerika**

Von den Integrationsprojekten in Lateinamerika gehen hoffnungsvolle Impulse für eine solidarische Neugestaltung internationaler Beziehungen aus. Als Reaktion auf die wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen nach drei Jahrzehnten neoliberaler Politik kam es in den vergangenen 10 Jahren in vielen lateinamerikanischen Ländern zu einschneidenden Veränderungen der politischen Kräfteverhältnisse: Konzepte für alternative Entwicklungswege griffen Raum und mobilisierten Millionen Menschen. Grundlagen für eine gerechtere Verteilung von politischer Macht und Wohlfahrt werden geschaffen. Getragen von der breiten Mobilisierung in der Bevölkerung streben neue linke Regierungen sozialen Ausgleich an – durch mehr regionale Integration und eine stärker auf die Binnenwirtschaft und breitere Teilhabe orientierte Wirtschaftspolitik.

Im Rahmen demokratisch organisierter Verfassungsprozesse werden außerdem neue Formen der Partizipation verankert. Venezuela, Bolivien und Ecuador stecken inmitten solcher verfassungsgebender Prozesse. Bereits jetzt lassen sich die Einbeziehung und die große Beteiligung bislang ausgeschlossener sozialer Schichten und ethnischer Gruppen in die politische Willensbildung dieser Länder beobachten.

### **Regionale Integrationsprojekte als solidarische Alternative zum Freihandel**

Die Beziehungen zwischen den lateinamerikanischen Ländern untereinander und ihr Verhältnis zum Norden verändern sich. Nicht nur der politische und wirtschaftliche Einfluss der USA, sondern auch der EU wird zunehmend kritisch gesehen. Mit dem regionalen Integrationsprojekt ALBA (Bolivarische Alternative für Amerika) bietet sich eine solidarische Alternative zu den ungleichen Nord-Süd-Beziehungen an. Die Vereinbarung, die ursprünglich von Venezuela, Kuba und Bolivien getroffen wurde, umfasst ein Handelsabkommen, das nicht auf Wettbewerb beruht, sondern auf bedarfsorientiertem Austausch und umfangreichen Verabredungen zur Entwicklungszusammenarbeit. Mittlerweile sind auch Nicaragua, Honduras und der kleine Inselstaat Dominica ALBA beigetreten. Ecuador, Argentinien und Haiti sind über etliche Kooperationsabkommen mit ALBA verbunden. Ergänzt wird ALBA durch weitere regionale Abkommen, wie die neue Entwick-

---

<sup>1</sup> Essay „Apartheid global. Der neue Imperialismus und der globale Süden“ (Edition Blätter, Januar 2007)

lungsbank des Südens (BancoSur) oder die südamerikanische Staatengemeinschaft UNASUR. 16 Karibikanrainerstaaten profitieren im Rahmen des Erdölabkommens PetroSur von vergünstigten Erdöllieferungen aus Venezuela und von einem gemeinsamen Entwicklungsfonds. Eine wichtige Rolle bei der regionalen Integration kommt dem sozialistischen Kuba zu: Tausende kubanische Ärzte arbeiten in den ärmsten Staaten Lateinamerikas (vor allem Haiti, Bolivien, Nicaragua), um dort die Gesundheitsversorgung aufzubauen bzw. zu stärken. Kubanische Alphabetisierungsprogramme helfen in ganz Lateinamerika Erwachsenen, lesen und schreiben zu lernen.

Die EU betrachtet die regionale Integration als ein Störmanöver gegen ihre Freihandelspolitik. DIE LINKE hat in zahlreichen parlamentarischen Initiativen ihre Unterstützung für die politischen Prozesse in Lateinamerika bekundet und von der Bundesregierung und der EU eingefordert. Die deutsche und europäische Politik gegenüber Lateinamerika ist so zu gestalten, dass sie diese Bestrebungen unterstützt und nicht behindert.

### **Unsere Solidarität mit den linken Regierungen und Bewegungen in Lateinamerika**

Auf der Suche nach alternativen Modellen für das gesellschaftliche Zusammenleben, für sozial und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften und für eine solidarische, internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit schauen derzeit viele – auch DIE LINKE – hoffnungsvoll nach Lateinamerika. In den neuen linken Regierungen dort, in den wachsenden sozialen Bewegungen und linken Parteien finden wir erfahrene Partnerinnen und Partner im Kampf um eine friedliche und gerechte Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen. Wir profitieren von der Erfahrung, die unsere Partnerinnen und Partner in Lateinamerika in ihren erfolgreichen Kämpfen und in der ganz praktischen Umsetzung einer neuen post-neoliberalen Politik gesammelt haben.

Zugleich benötigen sie weiterhin unsere solidarische Unterstützung. Denn der politische Wandel in Lateinamerika hat entschlossene Gegner: die alten Eliten im eigenen Land, die ihre Privilegien verteidigen; die USA, die ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss in der Region nicht einbüßen wollen; die EU, die in Lateinamerika neue Märkte und Investitionsfelder erobern will. Die Solidarität mit den linken Bewegungen und Regierungen war deshalb ein wesentlicher Schwerpunkt unserer außen- und entwicklungspolitischen Arbeit in dieser Wahlperiode.

Die Fraktion DIE LINKE hat in mehreren Anträgen (BT-Drs. 16/1126; 16/2602; 16/5045; 16/9074) sowie in den Reden ihrer Abgeordneten die Bundesregie-

rung dazu aufgefordert, den demokratischen und sozialen Aufbruch und die regionale Integration in Lateinamerika zu unterstützen und sie nicht, wie es die EU mit deutscher Unterstützung tut, durch ihre offensive neoliberale Handelspolitik zu unterlaufen.

Solidarische Beziehungen hat unsere Fraktion auch in der direkten und persönlichen Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen und linken Regierungen in Lateinamerika geknüpft: auf mehreren Delegationsreisen und Wahlbeobachtermissionen und nicht zuletzt mit der Teilnahme unserer Abgeordneten an den Alternativengipfeln in Wien (Mai 2006) und Lima (Mai 2008). Unter dem Motto „Enlazando Alternativas“ („Alternativen verknüpfen“) trafen sich damals Zehntausende, um den gleichzeitig stattfindenden offiziellen EU-Lateinamerika-Gipfeltreffen Alternativen zur neoliberalen Agenda entgegenzuhalten und diejenigen Regierungen zu stützen, die sich auf den Gipfeln den Freihandelsdiktaten der EU widersetzen – mit viel Erfolg: Sowohl in Wien, als auch in Lima mussten die EU-Vertreter/innen abreisen, ohne in ihren Freihandelsprojekten weitergekommen zu sein.

### **Unterstützung für fortschrittliche Bewegungen in Lateinamerika**

In einigen Ländern wie Kolumbien oder Mexiko kämpfen soziale Bewegungen und politische Parteien nach wie vor unter schwierigen Bedingungen für demokratischen und sozialen Fortschritt. Teilweise sind sie von politischer Gewalt – z. B. in Form rechter Todesschwadronen – bedroht. Und auch dort, wo sich die Veränderungen bereits vollziehen, weigern sich die alten Eliten, die Ansprüche der bislang Ausgeschlossenen anzuerkennen. Die Erfahrung, dass die alten Eliten zur Verteidigung ihrer exklusiven Privilegien auch zum Einsatz von Gewalt bereit sind, ist in Lateinamerika immerzu präsent. Deshalb benötigen die Linksregierungen und die sozialen Bewegungen in Lateinamerika ihre wechselseitige Solidarität und die Unterstützung durch fortschrittliche Kräfte weltweit.

Zu dieser Unterstützung gehört für uns auch die Solidarität mit Kuba, ohne dessen Vorbild und ohne dessen praktische Unterstützung der soziale Fortschritt in Lateinamerika nicht so mächtig voranschreiten würde. Diese Rolle Kubas im Rahmen einer neuen Süd-Süd-Kooperation anzuerkennen, fordern wir auch von der Bundesregierung und der EU. DIE LINKE hat sich deshalb dafür stark gemacht, dass die EU ihre Sanktionen gegen Kuba aufhebt und sich gegenüber den USA für die Aufhebung des Handelsboykotts einsetzt (BT-Drs. 16/5115).



# 10. Parlamentarische Initiativen zur Internationalen Politik der Fraktion DIE LINKE in der 16. Legislaturperiode

<b>Auslandseinsätze</b>			
<b>Allgemein</b>	<b>Anträge</b>		
	Stärkung der parlamentarischen Beteiligung bei der Entscheidung über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland (Parlamentsbeteiligungsgesetz)	10.10.2007	16/6646
	Dauergenehmigungen für Militärflüge aufheben	8.3.2006	16/857
	Adäquate Behandlungs- und Betreuungskapazitäten für an posttraumatischen Belastungsstörungen erkrankte Angehörige der Bundeswehr	5.3.2008	16/8383
	Geszentwurf Änderung Strafgesetzbuch zum Parlamentsbeteiligungsgesetz	14.9.2007	16/6379
	Leitfaden der Bundeswehr zum Umgang mit Gewissensentscheidungen	1.6.2006	16/1734
	<b>Kleine Anfragen</b>		
	Unterrichtungspraxis der Bundesregierung über Auslandseinsätze der Spezialkräfte der Bundeswehr	11.7.2007	16/6072
	Bilanz der Operation Active Endeavour	2.11.2006	16/3238
	Kosten deutscher Auslandseinsätze	7.10.2008	16/10482
	Umgang der Bundeswehr mit Angriffskriegsverweigerern	2.3.2007	16/4534
<b>Afghanistan</b>	<b>Anträge</b>		
	Keine deutschen Soldaten für eine schnelle Eingreiftruppe zur Verfügung stellen - Rechtswidrige Kriegshandlungen beenden	24.1.2008	16/7890
	Afghanistan eine Chance für legalen lizenzierten Mohnanbau geben - Drogenmafia wirksam bekämpfen	12.12.2007	16/7525
	Entschließungsantrag zur Verlängerung des ISAF-Mandats	7.11.2007	16/6971
	Entschließungsantrag zur Verlängerung des ISAF-Mandats	10.10.2007	16/6660

	Entschließungsantrag zur Verlängerung des ISAF-Mandats	19.9.2007	16/6461
	Entschließungsantrag zur Verlängerung des ISAF-Mandats	7.10.2008	16/10479
	Keine deutsche Beteiligung an der Operation Enduring Freedom in Afghanistan	19.7.2007	16/6098
	Einsatz des Kommandos Spezialkräfte in Afghanistan beenden	13.3.2007	16/4674
	Entschließungsantrag - Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte... (Operation Enduring Freedom)	25.10.2006	16/3151
	Entschließungsantrag - Fortsetzung der Beteiligung deutscher Streitkräfte in Afghanistan	20.9.2006	16/2623
	Mandat für die Einsätze des Kommandos Spezialkräfte in Afghanistan einstellen	30.11.2005	16/121
	Abzug der Bundeswehr aus Südafghanistan	4.6.2008	16/9418
	Pakistan und Afghanistan stabilisieren - Für eine zentralasiatische regionale Sicherheitskonferenz	12.11.2008	16/10845
	<b>Kleine Anfragen</b>		
	Zur Entwicklung von Bildung, Gesundheit und Prostitution in Afghanistan seit Beginn des Nato-Einsatzes	27.2.2008	16/8318
	Besserer Schutz für Polizisten bei ihrem Auslandseinsatz in Afghanistan	4.3.2008	16/8348
	Aufgabe und Bedeutung der Quick Reaction Force für die Einsatzstrategie der ISAF und die Implikationen für den Bundeswehreininsatz in Afghanistan	25.1.2008	16/7923
	Umgang der Bundeswehr mit afghanischen Gefangenen im Rahmen des ISAF-Mandats	5.12.2007	16/7421
	Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten bei den Polizeieinsätzen in Afghanistan	21.9.2007	16/6511
	Die Rolle der Feldjäger der Bundeswehr bei der EU-Police-Mission Afghanistan	21.9.2007	16/6503
	Opiumproduktion in Afghanistan	31.8.2007	16/6285
	Abschiebung von Flüchtlingen nach Afghanistan	6.8.2007	16/6196
	Afghanistan - Statistische Erfassung der Kriegsoffer	11.7.2007	16/6070

	Koordination militärischer Operationen von ISAF und OEF	11.7.2007	16/6068
	Einsatz von Tornado-Flugzeugen in Afghanistan	5.2.2007	16/4290
	Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der »Operation ENDURING FREEDOM«	10.10.2006	16/2899
	Posttraumatische Belastungsstörungen von Soldatinnen und Soldaten	30.8.2006	16/2482
	Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan im Rahmen der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe	23.6.2006	16/1960
	Rückführung afghanischer Flüchtlinge aus Hamburg und anderen Bundesländern	15.2.2006	16/715
<b>Balkan</b>	<b>Anträge</b>		
	Unverzüglicher Rückzug der Bundeswehr aus dem Kosovo	9.4.2008	16/8779
<b>Afrika</b>	<b>Anträge</b>		
	EA Beteiligung deutscher Streitkräfte an EU-Militärmission ATALANTA	17.12.2009	16/11423
	Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Unterstützung der Überwachungsmission AMIS	13.6.2007	16/5618
	<b>Kleine Anfragen</b>		
	Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Operation EUFOR RD CONGO	17.5.2006	16/1522
	Anrechnung der Ausgaben für den Kongo-Einsatz auf die ODA-Quote	8.3.2007	16/4644
	Einsatz von Streitkräften gegen Piraten und Maßnahmen zur Vermeidung von Piraterie vor der Küste Somalias	17.12.2009	16/11453
<b>Nah-Ost</b>	<b>Anträge</b>		
	Änderungsantrag zum Antrag der Bundesregierung - Einsatz deutscher Soldaten im Nahen Osten	18.9.2006	16/2605

<b>Abrüstung/Entmilitarisierung</b>			
	<b>Anträge</b>		
	Für ein sofortiges Verbot von Streumunition in Deutschland	16.1.2008	16/7767
	Entschließungsantrag zum Abrüstungsbericht 2006	16.1.2008	16/7791
	Keine neuen Raketen in Europa - stattdessen Stärkung der globalen Sicherheit durch Rüstungskontrolle und Abrüstung	23.5.2007	16/5456
	Stopp von staatlichen Bürgschaften für Rüstungsexporte	30.11.2006	16/3697
	Änderungsantrag zum Verteidigungshaushalt/ Eurofighter für das Jahr 2007	20.11.2006	16/3466
	Verzicht auf den Verkauf und das Überlassen von überschüssigem Wehrmaterial	8.11.2006	16/3350
	NATO-Gipfel in Riga für Abrüstungsinitiativen nutzen	7.11.2006	16/3280
	Entschliessungsantrag zum Jahresabrüstungsbericht 2005	18.10.2006	16/2999
	Keine Unterstützung für die indische Atomrüstung	10.5.2006	16/1445
	Abzug der Atomwaffen aus Deutschland	25.1.2006	16/448
	Keine NATO-Erweiterung - Sicherheit und Stabilität mit und nicht gegen Russland	3.12.2008	16/11274
	Änderungsantrag zum Haushalt Auswärtiges Amt/Minenbeseitigungsprogramm	20.6.2006	16/1863
	<b>Kleine Anfragen</b>		
	Militärisch gelenkte Öffentlichkeit durch Natochannel.tv und Bundeswehr TV	28.4.2008	16/9005
	Ausbau des US-Heeresfliegerstützpunkts in Ansbach	5.12.2007	16/7419
	Auftragsvergaben an das Luft- und Raumfahrtunternehmen European Aeronautic Defence and Space Company - EADS	2.4.2007	16/4947
	Konsequenzen der Raketenabwehrsysteme der NATO und der USA für die nukleare Abrüstung und die europäische Sicherheit	26.2.2007	16/4496
	Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik	19.1.2007	16/4126
	Zivil-militärische Zusammenarbeit	7.11.2006	16/3385
	Deutscher Beitrag zur atomaren Abrüstung	25.7.2006	16/2303

	Osterweiterung der NATO um die post-sowjetische Republik Ukraine	19.7.2006	16/2273
	Exportgenehmigungen für die Ausfuhr von Dual-use-Gütern seit 2000	16.6.2006	16/1850
	Die Finanzierung militärischer Einsätze der Europäischen Union über den ATHENA-Mechanismus	18.5.2006	16/1551
	Bedeutung der Sammelausfuhrgenehmigungen und Gemeinschaftsprogramme für Rüstungsexporte	9.3.2006	16/923
	Atomwaffen in Deutschland	20.1.2006	16/424
	Berichte über das so genannte transatlantische Anti-Terror-Zentrum in Paris und die Beteiligung bundesdeutscher Stellen an dieser Einrichtung	17.1.2006	16/368
	Verdacht auf geheime CIA-Gefangenenlager in Osteuropa und US-Flugbewegungen auf deutschen und europäischen Flugplätzen mit geheimen Gefangenen	23.11.2005	16/83
	Gemeinsame Erklärung zur Kooperation der VN- und NATO-Sekretariate	9.3.2009	16/12190
	Entschliessungsantrag zum Verteidigungshaushalt 2009	24.11.2009	16/11005
	Internationale Ächtung des Söldnerwesens und Verbot der Erbringung militärischer Dienstleistungen durch Privatpersonen und Unternehmen	16.12.2009	16/11375
	Nutzung des Bombodroms in der Kyritz-Ruppiner Heide und anderer Luft-Boden-Schießplätze sowie der Ostsee durch die Bundeswehr und andere Staaten	9.2.2009	16/11866
	Umsetzung des Grundsatzes »Neu für Alt« bei Exporten von Kleinwaffen	7.6.2007	16/5557
	Lieferung von Eurofighter Kampfflugzeugen an Saudi-Arabien	30.8.2006	16/2483
	Hermes-Bürgschaften für Rüstungsexportgeschäfte	18.5.2006	16/1550

<b>Konfliktbearbeitung</b>			
<b>Allgemein</b>	<b>Anträge</b>		
	70. Jahrestag der Gründung der Internationalen Brigaden in Spanien - Würdigung des Kampfes deutscher Freiwilliger an der Seite der spanischen Republik	21.9.2006	16/2679
	Für die soziale Rehabilitation von Kindersoldaten eintreten	12.9.2007	16/6358
	<b>Kleine Anfragen</b>		
	Übermittlung von Daten zu Gewerkschaftszugehörigkeiten, sexueller Orientierung und politischer Überzeugung im Rahmen eines Abkommens mit den USA	23.5.2008	16/9279
	Polizeikooperation mit anderen Staaten sowie und Ausbildungs- und Ausstattungshilfe für Polizeien anderer Staaten	8.5.2008	16/9148
	Aufklärung internationaler Foltterwürfe unter Einschluss eines deutschen Beitrags	27.1.2006	16/490
<b>Balkan</b>	<b>Anträge</b>		
	Kosovo-Verhandlungen - für neutrale Moderation und einvernehmliche Lösung	25.10.2006	16/3093
	Beendigung der Operation „ALTHEA“	14.12.2005	16/217
	Keine Abschiebungen in das Kosovo	8.5.2008	16/9143
	<b>Kleine Anfragen</b>		
	Wahlen in Serbien	5.5.2008	16/9052
	Bilanzierung der bewaffneten Konflikte in und gegen die Bundesrepublik Jugoslawien sowie der politischen und sozio-ökonomischen Entwicklung des UNO-Protectorats Kosovo	30.7.2007	16/6178
	Status der serbischen Provinz Kosovo	17.10.2007	16/6710
	Bundesdeutscher Umgang mit "erased people" aus Slowenien	17.7.2007	16/6086
<b>Zentral-asien</b>	<b>Anträge</b>		
	Europäische Nachbarschaftspolitik zur Förderung von Frieden und Stabilität im Südkaukasus nutzen	20.2.2008	16/8186
	<b>Kleine Anfragen</b>		
	Abschiebung von Flüchtlingen nach Berg-Karabach	13.8.2008	16/10111

	Förderung von Frieden und Stabilität im Südkaukasus	2.4.2007	16/4949
	Beachtung und Durchsetzung der Sanktionen gegen Usbekistan durch die Bundesregierung	20.6.2006	16/1901
	Die zukünftige Rolle des Bundeswehrstützpunkts Termez (Usbekistan)	18.5.2006	16/1563
<b>Lateinamerika</b>	<b>Anträge</b>		
	Zum EU-Lateinamerika-Gipfel in Lima - Impulse für solidarische und gleichberechtigte Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika	7.5.2008	16/9074
	Deutsche Kolumbien-Politik auf die Stärkung ziviler Friedensinitiativen und der sozialen, demokratischen und Menschenrechte ausrichten	14.6.2007	16/5678
	Eintreten für die Beendigung der von den USA auferlegten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba	25.4.2007	16/5115
	Für solidarische Assoziierungsabkommen der EU mit den zentralamerikanischen Staaten und den Staaten der Andengemeinschaft	19.4.2007	16/5045
	Guantanamo schließen	13.1.2006	16/364
	Nach dem Wiener Gipfel - die Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika solidarisch gestalten	18.9.2006	16/2602
	Für die Beendigung des Pachtvertrages zwischen Kuba und den USA über Guantanamo Bay	8.3.2007	16/4628
	<b>Kleine Anfragen</b>		
	Besuch der Bundeskanzlerin in Kolumbien	23.6.2008	16/9717
	EU-Lateinamerika-Gipfel in Lima und Lateinamerika-Reise der Bundeskanzlerin	17.6.2008	16/9589
	Die Hanns-Seidel-Stiftung und der Wahlkampf in El Salvador	14.3.2008	16/8588
	Haltung der Bundesregierung zu Kuba und zur Konferenz "Demokratie auf Kuba" in Berlin	4.4.2007	16/4986
	Erarbeitung einer Strategie der Europäischen Union gegenüber Kuba im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft	2.3.2007	16/4504

<b>Afrika</b>	<b>Anträge</b>		
	Antrag Kolonialverbrechen im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika	9.3.2007	16/4649
	Für eine Afrikapolitik im Interesse der afrikanischen Bevölkerungsmehrheit	28.2.2007	16/4410
	Für ein Ende der Gewalt in Norduganda	28.6.2006	16/1976
	<b>Kleine Anfragen</b>		
	EUFOR Tschad/ZAR	23.5.2008	16/9256
	EU-finanziertes Abschreckungsvideo für Afrika	19.12.2008	16/7629
	Zukunft des Kulturzentrums Okaharara in Namibia	24.10.2007	16/6824
	Ausleihen der Büste der Nofretete nach Ägypten	21.9.2007	16/6502
	Berichte über geheime Gefängnisse in Äthiopien	21.5.2007	16/5531
<b>Nah-Ost</b>	<b>Anträge</b>		
	Den Prozess von Annapolis durch eigenständige Initiativen unterstützen	4.6.2008	16/9483
	Neue Chancen für einen Friedensdialog im Nahen Osten aufgreifen	25.4.2007	16/5112
	Den Friedensprozess im Nahen Osten wieder aufnehmen	13.12.2006	16/3802
	<b>Kleine Anfragen</b>		
	Gaza-Krieg	12.2.2009	16/11938
	Ergebnisse der Annapolis-Konferenz, israelischer Siedlungsbau und Entwicklungen im Gaza-Streifen	11.6.2008	16/9548
	Deutsche Rüstungsexporte nach Israel	2.11.2006	16/3240
<b>Iran</b>	<b>Anträge</b>		
	Eskalation im Atomkonflikt mit dem Iran verhindern	31.1.2007	16/4202
	Weiter verhandeln-kein Militäreinsatz gegen den Iran	25.1.2006	16/452
<b>Irak</b>	<b>Anträge</b>		
	Einmarsch der Türkei in den Irak verhindern	8.11.2007	16/7039
	<b>Kleine Anfragen</b>		
	Zusammenarbeit deutscher und US-Behörden im Irak	27.8.2008	16/6280



<b>Türkei</b>	<b>Kleine Anfragen</b>		
	Zu den türkischen Militäraktionen gegen die kurdische Zivilbevölkerung	18.5.2006	16/1588
	Beitrag der Bundesregierung zur politischen Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts	4.4.2007	16/4991
<b>Energieaußenpolitik</b>			
	<b>Anträge</b>		
	Konsequente Energiewende statt Militarisierung der Energieaußenpolitik	23.4.2008	16/8881
	Keine Weltbankkredite für Atomtechnologie	28.6.2006	16/1961
	<b>Kleine Anfragen</b>		
	Klimawandel und internationale Sicherheit	10.4.2008	16/8804
<b>Außenwirtschaftspolitik</b>			
	<b>Anträge</b>		
	Die Beziehungen zwischen EU und Lateinamerika solidarisch gestalten – kein Freihandelsabkommen EU-Mercosur	4.4.2006	16/1126
	Für solidarische und entwicklungspolitisch kohärente Wirtschaftspartnerschaftsabkommen	26.10.2006	16/3193
	Keine Hermes-Bürgschaft für das Ilisu-Staudammprojekt	18.10.2006	16/2995
	EU-AKP-Abkommen: Faire Handelspolitik statt Freihandelsdiktat	12.12.2007	16/7473
	Hermes-Bürgschaft für das Ilisu-Staudammprojekt zurückziehen	28.5.2008	16/9308
	Für demokratische internationale Entscheidungsprozesse statt G8	20.6.2006	16/1879
	<b>Kleine Anfrage</b>		
	GATS-Verhandlungen über Ausnahmeklauseln	23.6.2006	16/1947
	Position der Bundesregierung in den Verhandlungen über die Modalitäten der WTO-Agrarvereinbarung von Hongkong	16.3.2006	16/999
	Stand der Verhandlungen zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen	21.8.2007	16/6257
	Hermes-Bürgschaft für das Ilisu-Staudammprojekt	30.5.2006	16/1639

<b>Europa</b>			
	<b>Anträge</b>		
	Keine deutsche Beteiligung an der Europäischen Verteidigungsagentur	1.3.2007	16/4489
	Europäische Nachbarschaftspolitik zur Förderung von Frieden und Stabilität im Südkaukasus nutzen	20.2.2008	16/8186
	Unterzeichnung des Vertrages von Lissabon am 13. Dezember und zum Europäischen Rat am 14. Dezember 2007	12.12.2007	16/7484
	Intransparenz beenden - Eine lesbare Fassung des Reformvertrages schaffen	10.12.2007	16/7446
	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 23) zur Einführung von Volksentscheiden über die vertraglichen Grundlagen der EU	29.11.2007	16/7375
	Entschließungsantrag Regierungserklärung "Vorschau auf den Europäischen Rat"	13.6.2007	16/5619
	Entschließungsantrag zur Regierungserklärung zur Zukunft der Europäischen Union und die Aufgaben der deutschen EU-Ratspräsidentschaft	13.12.2006	16/3796
	Für eine demokratische, freiheitliche, soziale und Frieden sichernde Verfassung der Europäischen Union	8.11.2006	16/3402
	Vereinbarung Bundestag/Bundesregierung über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der EU	20.9.2006	16/2620
	Entschließungsantrag Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zur Europapolitik	9.5.2006	16/1413
	Keine Unterstützung von Militäreinsätzen aus dem Europäischen Entwicklungsfonds	5.7.2007	16/4490
	Für einen Europäischen Zivilen Friedensdienst	29.11.2006	16/3620
	<b>Kleine Anfragen</b>		
	EU-Nachbarschaftspolitik und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Moldaus	17.3.2008	16/8672
	EU-Nachbarschaftspolitik mit Georgien	9.7.2007	16/6055

<b>Entwicklung</b>			
	<b>Anträge</b>		
	Entwicklung braucht Bildung - Den deutschen Beitrag erhöhen	11.4.2008	16/8812
	Illegitime Schulden von Entwicklungsländern streichen	30.11.2006	16/3618
	Agrarbeihilfeempfänger offenlegen	28.6.2006	16/1962
	Flugticketabgabe jetzt - Entwicklungsfinanzierung auf breitere Grundlage stellen	26.4.2006	16/1203
	<b>Kleine Anfragen</b>		
	Stahlwerkbau von ThyssenKrupp AG in Brasilien	24.11.2008	16/11019
	Behinderung der Medikamentenversorgung für ärmere Bevölkerungsgruppen in Thailand	21.9.2007	16/6504
	Völkerrechtliche Zusagen und Barmittelbewirtschaftung in der Technischen Zusammenarbeit	7.4.2006	16/1226
	Erfolgskontrolle in der Technischen Zusammenarbeit	7.4.2006	16/1225
	Ownership und Transparenz in der Technischen Zusammenarbeit	7.4.2006	16/1224
	Innovative Instrumente der Entwicklungshilfefinanzierung	27.3.2006	16/1072
	Deutsche Entwicklungszusammenarbeit und Landreform in Namibia, unter besonderer Berücksichtigung der San-Problematik	24.10.2007	16/6822
<b>Menschenrechte</b>			
	<b>Anträge</b>		
	Für die Durchsetzung von Mindeststandards humanen Arbeitens in der Volksrepublik China eintreten	3.6.2008	16/9413
	Das Menschenrecht auf Schutz vor Binnenvertreibung stärken - Fluchtgründe vermeiden	18.12.2006	16/3913
	Ratifizierung des IAO-Übereinkommens über Heimarbeit	21.9.2006	16/2677
	<b>Kleine Anfragen</b>		
	Haltung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu Menschenrechtsverletzungen gegenüber Flüchtlingen in Marokko	8.3.2007	16/4660

[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)